

# menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



## special: Informationsfreiheit



**Yoani Sánchez:**  
Kubas berühmteste  
Bloggerin



**Vietnam:**  
abweichende Meinung  
mundtot gemacht



**Der iranische  
Regisseur  
Jafar Panahi  
nach seiner  
Freilassung**



Wer  
mitreden will,  
sollte gut  
informiert sein!



Jetzt auch als

ideaSpektrum  
**E-Paper**

Ihre Vorteile:

- Informationsvorsprung von eineinhalb Tagen
- Volltextrecherche im idea-Archiv
- Zugriff auch von unterwegs
- Kostenlos für Heft-Abonnenten



Gern informieren wir Sie zum Thema E-Paper:  
Tel. (06441)915-122 / aboservice@idea.de

- Ich bestelle ideaSpektrum im Schnupper-Abo, d.h. für 2 Monate zum Preis von nur einem Monat: 8,30 €

Möchte ich ideaSpektrum nicht weiterbeziehen, teile ich Ihnen dies spätestens nach sechs Wochen mit. Ansonsten beziehe ich ideaSpektrum danach zum Preis von:

- 6,40 € für Privatpersonen  
 4,48 € für Schüler, Studenten, Azubis, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose, Diakonissen

jeweils zzgl. Porto:  
1,90 € in Deutschland / 2,25 € im übrigen Europa / 4,10 € weltweit

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail

Coupon ausschneiden oder kopieren und senden an  
idea e.V. · Postfach 18 20 · 35528 Wetzlar  
oder per Fax an (06441)915-220

## EDITORIAL

*Liebe Leser,*

Dank der sozialen Netzwerke im Internet und der digitalen Mobilfunktechnologie hat die Demokratiebewegung in der arabischen Welt erstaunliche Erfolge errungen. Aber nicht nur im Iran und in der arabischen Welt sind die mobile digitale Kommunikationstechnik, Facebook, Twitter und andere soziale Netzwerke im Internet, die schnellsten Wege, um Unterstützer für die Menschenrechte zu gewinnen und die Macht der Diktatoren zu brechen.

Nicht umsonst werden Blogger und Internet-Dissidenten in der Volksrepublik China, Kuba und Vietnam unbarmherzig zum Schweigen gebracht. Die Verfolgten brauchen dort wie im Nahen Osten und Nordafrika unsere ideelle, technische und logistische Unterstützung!

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte gibt den Verfolgten eine Stimme. Sie leistet Hilfe zur Selbsthilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und ihre Angehörigen. Dabei brauchen wir Sie, liebe Leser: als Unterstützer, als aktive Mitsteiter oder als unterstützende Förderer. Nur mit Ihrer Hilfe können wir im Jahr 2011 und in den kommenden Jahren weiterhin erfolgreich gegen die Menschenrechtsverletzer vorgehen und den Opfern Hilfe bringen. Dafür müssen wir die IGFM stark machen, neue engagierte Mitglieder gewinnen und moderne Medientechniken nutzen.

Die IGFM stellt sich den Herausforderungen des modernen Medienzeitalters. Damit unsere wichtige

**THINK INK**  
**VIRTUAL SIGNATURE.  
 REAL POWER.**

Wir sind die virtuelle Welt  
 und wir sind die reale Welt.  
 Menschenrechte in der virtuellen Welt  
 sind nicht mehr nur ein Traum.  
 Sie sind hier. Jetzt. Jetzt.

**GESAMTPEGEL IN ml:  
 964,7**

**HER, DIE THINK INK APP  
 HERUNTERLADEN**



**Martin Lessenthin ist Vorstandssprecher der IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.**

Menschenrechtsarbeit Zukunft hat und unsere Kampagnen für die Freilassung von politischen Gefangenen auch übermorgen noch erfolgreich sind, braucht die IGFM mehr engagierte junge und jung gebliebene Mitstreiter in ihren Reihen. Dafür müssen wir mit diesen Menschen ins Gespräch kommen und sie von unserer Arbeit überzeugen. Die zukünftigen IGFM-Aktivisten „treffen“ wir aber nicht in ihren Wohnzimmern, wenn sie die Tagesschau oder das Heute-Journal verfolgen. Viele von Ihnen erreichen wir nur mit Hilfe des Internets, zum Beispiel bei einem Online-Spiel der IGFM, in Facebook oder in anderen sozialen Netzen.

Gemeinsam müssen wir die medialen Chancen der modernen Welt für die Menschenrechte nutzen. Mit unserem neuen und bereits sehr erfolgreichen Angebot auf Facebook und über Twitter erreichen wir auch hierzulande die Zielgruppen, die sich nicht mehr wie früher vor dem Fernseher versammeln, sondern sich stattdessen an Smartphone, PC und Laptop über das Weltgeschehen informieren.

Wie wir unsere wichtigen Anliegen durch „Think Ink“ (links), die erste Menschenrechts-App im Internet, verbreiten, lesen Sie auf Seite 7, in der von uns ab Seite 20 dokumentierten Rede der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi. Frau Dr. Ebadi hat den Teilnehmern unserer Jahrestagung zugerufen: „Erheben Sie Ihre Stimme zu jeder Zeit und an jedem Ort!“ Genau das wollen wir beherzigen und die modernen Kommunikationsmittel entsprechend für die Menschenrechtsarbeit der IGFM einsetzen.

Herzlich grüßt Sie, Ihr

**Martin Lessenthin**



aktuell ▶

**3 EDITORIAL**

**5 PRESSEFREIHEIT:**

*Typewriter - 100 spannende Filmsekunden für die Meinungsfreiheit*

**6 WIEDERAUFARBEITUNG:**

*Opferverbände verteidigen Roland Jahn*

**7 MENSCHENRECHTSARBEIT:**

*Think Ink – Eine App für die Menschenrechte*

**8 MENSCHENRECHTSBILDUNG:**

*Das Menschenrechtszentrum im Knast*

**10 HAUSMÄDCHEN:**

*Maids sind ein Statussymbol*



Internetzensur ▶

**12 VENEZUELA:**

*Die Angst vor der freien Meinung  
Hugo Chávez erstickt die Pressefreiheit*

**16 PRESSEFREIHEIT:**

*Diktatoren strangulieren Informationsfreiheit -Keine Toleranz den neuen Zensoren  
Internetzensur in China, Iran und Kuba*

**20 IRAN:**

*Rede von Dr. Shirin Ebadi bei der IGFM:  
„Erheben Sie Ihre Stimme zu jeder Zeit  
und an jedem Ort!“*

**29 BÜCHER:**

*Völkermord als Staatsgeheimnis  
Die ignorierten Antworten der Zeugen*

**30 Briefe an meinen Folterer**



IGFM ▶

**24 SEKTION SCHWEIZ:**

*Pflanzung von Olivenbäumen in  
Israel – Preisverleihung in Tel Aviv*

**26 FRANKFURT:**

*Protest gegen Urteil des  
Internationalen Strafgerichtshofes*

**27 AG PFALZ:**

*Menschenrechtsinformationen zum  
1. Mai in Kaiserslautern*

**28 BERGEN-ENKHEIM:**

*Brillen für Rumänien*

**28 AG RELIGIONSFREIHEIT:**

*IGFM beim Evangelischen Kirchentag*

## Impressum

**Herausgeber und Verlag:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., vertreten durch Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender.  
Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main.  
Tel.: 069-42 01 08-0, Fax: 069-42 01 08-33, E-Mail: [info@igfm.de](mailto:info@igfm.de), Internet: [www.igfm.de](http://www.igfm.de)  
Kto.-Nr. 23 000 733, Taunus-Sparkasse, BLZ 512 500 00.

Sektion Österreich: Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien. Tel.: 0043-1-33 29 543, eMail: [office@igfm.at](mailto:office@igfm.at)  
Kto.-Nr. 7 800 100, Österr. Postsparkasse, BLZ 60 000.

Sektion Schweiz: Birkenweg 1, CH-2560 Nidau. Tel: 0041-32-33 17 567, Fax: 0041-32-33 15 781, E-Mail: [schlegel.cats@bluewin.ch](mailto:schlegel.cats@bluewin.ch)  
Kto.-Nr 0558-675564-01, Crédit Suisse.

**Redaktion:** Martin Lessenthin (Chefredakteur), Max Klingberg, Vu Quoc Dung.  
Layout: Ulrike Lessenthin, Beatrice Hornung (Titel).

**Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Monique Schlegel, Ulrike Lessenthin, Sebastian Grundberger, Lukas Brockmann, Daniel Holler, Wanda Wahnsiedler, Siegmund Faust, Hubert Körper, Haakon Spriewald.

**Anzeigen:** Anne Schäfer

Erscheinungshinweise: Viermal jährlich, Bezugspreis: In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich Einzelnummer 2,50 EUR, Jahresabonnement von vier Ausgaben 13,30 EUR; in der Schweiz 5 sFr und 30 sFr für ein Jahresabonnement.

**Druck:** Merziger Druckerei und Verlag, Merzig.

**Titelfoto:** dpa, Fotos: sofern nicht anders gekennzeichnet, IGFM.

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfassernamen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

# „Freie Meinungsäußerung bedeutet für viele Journalisten immer noch den Tod“

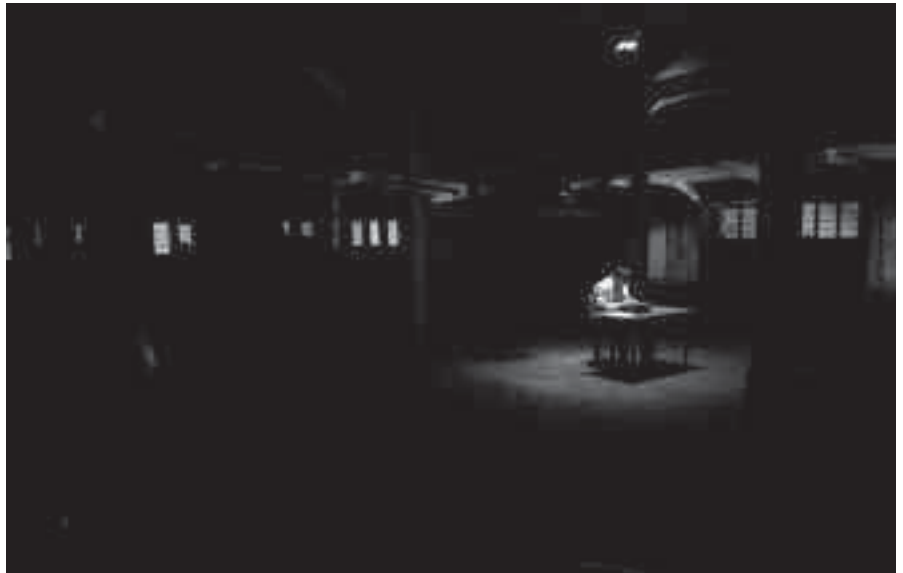
„Das **eigentliche Lebenselixier der Informationsgesellschaft ist die Freiheit. Erst durch diese Freiheit können Menschen in allen Teilen der Welt von Wissen profitieren, Journalisten ihre wertvolle Tätigkeit ausüben und Bürger ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen**“ (Kofi Annan).

Was hier jedoch nicht erwähnt wird: Ein gesunder Staat braucht konstruktive Kritik aus dem Volk – denn nur so kann er sich weiterentwickeln – und bürgernah bleiben. Ein gesunder Staat versteht sich als dem Souverän, dem Volk, verantwortlich. Leider bleibt dies jedoch zu oft Theorie.

So leben insbesondere Journalisten gefährlich. 2011 starben nirgends so viele Journalisten wie in Pakistan, dicht gefolgt vom Irak und Libyen. Journalisten, Blogger, Onlineaktivisten – in den meisten Ländern der Welt werden sie als Widersacher gesehen, deren Kritik und „Widerstand“ es zu „brechen“ gilt. Von Regierungen und mächtigen Gruppen wird jedes Mittel eingesetzt – psychischer Terror oder auch physische Gewalt, welche nicht selten zum Tode führen kann.

Im Auftrag der IGFM widmete sich eine Studentengruppe der Filmhochschule Baden-Württemberg dieser Thematik. Seither trägt ein preisgekröntes Ergebnis zur Bewusstseinsbildung bei. Der Spot „Typewriter“ fasst auf gut 100 Sekunden die Problematik und Gefahr des Journalistenberufs eindrücklich und bedrückend zusammen.

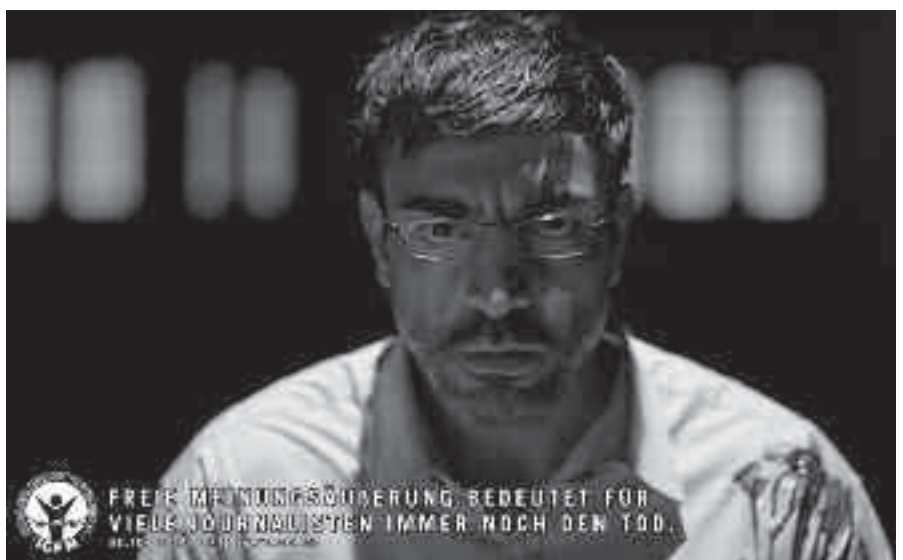
Der Film zeigt eine Person in einer düsteren und deprimierend wirkenden Lagerhalle und an einer Schreibmaschine schreibend. Der Zuschauer kann sich der emotionalen Wirkung nicht entziehen – er wird unweigerlich



Mit dem Spot „typewriter“ für die IGFM ist den Medienschaffenden der Filmhochschule Baden-Württemberg Großes gelungen!

in den Bann des Geschehens gezogen. Trotz relativ wenig Handlung bleiben die visuellen und emotionalen Eindrücke umso stärker im Gedächtnis haften. Dies gilt insbesondere für den durchdringenden Blick des Schauspielers in den letzten Szenen, als sein

Hemd von Blut durchtränkt ist und der Blick langsam bricht, die letzte Bewegung ist und bleibt ein abschließend getippter Buchstabe – der Schriftsteller bleibt sich treu und stirbt letztendlich für seine Aufgabe. Man kann sich sicher sein: Wer diesen Film sieht, ver-



**Bisher wurden 2011 30 Journalisten getötet, 148 eingesperrt, 121 Blogger inhaftiert. Journalisten gehören zu den meistgefährdeten Berufsgruppen weltweit.**

gists ihn nicht wieder. Um die breite Öffentlichkeit für die sehr eingeschränkte globale Pressefreiheit zu sensibilisieren, wird er auf den TV-Sendern von u.a. der deutschen RTL-Group und arte gezeigt. In über zehn deutschen Kinos sind Ausstrahlungen vor dem Hauptfilm geplant. Die notwendigen Verhandlungen befinden sich in der Abschlussphase. Der Film wird auf diversen Blogs und sozialen Netzwerken verbreitet.

### **Überwältigendes Zuschauerecho**

Das bisherige Feedback der Zuschauer war überwältigend – viele boten an, ihn mit ihren Blogs zu verlinken. Auch kann der Kurzfilm nun zahlreiche Auszeichnungen und Shortlistungen vorweisen.

Hier sind insbesondere der Young Directors Award Cannes 2010 und der Deutsche Menschenrechtsfilmpreis zu nennen. Der Clip trifft den Geist der Zeit. Die Menschen wollen aufgerüttelt werden, ohne oftmals jedoch selbst aktiv werden zu müssen, und wenn dies über die viel genutzten Medien Internet, TV oder Kino funktioniert, kommt es ihnen entgegen.

### **Botschaft der IGFM erreicht neue Zuschauer**

Durch das Angebot des inaktiven Konsums wird die Botschaft der IGFM optimal transportiert: „Menschen haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Kein Mensch darf hierfür benachteiligt werden, geschweige denn sterben müssen“. Wichtig auch: die IGFM erreicht Menschen, die auf den bisherigen Wegen nicht angesprochen werden können. Und somit bleibt nur noch zu hoffen, den einen oder anderen Menschenrechtsaktivisten zu gewinnen. Denn: jeder Mensch kann etwas dazu beitragen – viele sind sich dessen jedoch leider nicht bewusst.

*D.H./M.L.*

## **Opferverbände verteidigen Roland Jahn**



**Der Bürgerrechtler Roland Jahn wurde 1983 aus der DDR ausgebürgert. Heute ist er Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin.**

**Mit tiefer Besorgnis beobachten die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft ein Kesseltreiben einflussreicher SPD-naher Politiker gegen den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn.**

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, erklärt: „Es gebietet der politische Anstand, dass man jedem Politiker eine Einarbeitungs- und Schonzeit von 100 Tagen gewährt.

### **Unerträgliche Kampagne**

Gegen Roland Jahn aber erhebt sich schon wenige Wochen nach seiner Amtseinführung eine unerträgliche Kampagne. Besonders verärgert die SED- und Stasi-Opfer, dass Richard Schröder als Vorsitzender des Beirates der Stasi-Unterlagenbehörde durch seine wiederholte öffentliche und unsachliche Kritik Roland Jahn und sein für die Aufarbeitung des Stasi-Unrechts so wichtiges Amt beschädigt.

Wer, wenn nicht der Leiter der wichtigsten Aufarbeitungsinstitution ist berufen, die Aufarbeitung voranzutreiben. Dazu ist es nötig, dass seine Behörde – 21 Jahre nach dem Mauerfall – einen freien Rücken bekommt und nicht mehr

die Altlast von fast 50 früheren Stasi-Zuarbeitern mit sich schleppen muss.

### **Stasi-Unterlagenbehörde soll geschwächt werden**

Wir beobachten mit Sorge, dass interessierte Kreise Roland Jahn zum bloßen Aktenverwalter in der Stasi-Unterlagenbehörde degradieren wollen. Dies aber widerspricht dem Aufarbeitungsauftrag des BStU. Offenbar will man den BStU zu einem zahnlosen Tiger machen, dessen Behörde dann umso schneller abgewickelt und ins Bundesarchiv überführt werden kann. Derartigen Ansinnen werden die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft Widerstand entgegenbringen.

### **Den Tätern in die Hände gearbeitet**

Dass sich Richard Schröder zum Schutzpatron für die in der Behörde des BStU tätigen ehemaligen Stasi-Mitarbeiter aufbaut, macht uns fassungslos. Indem er seine einseitige Sicht gegen Roland Jahn durchzusetzen versucht, arbeitet Richard Schröder den Apologeten des SED-Staates in die Hände. In dieser uns aufgezwungenen Auseinandersetzung stehen wir Opfer des Stasi-Unrechts fest an der Seite von Roland Jahn.

# Eine App für die Menschenrechte

## IGFM-Appellaktion der neuen Generation mit iPhone und iPad

Die App „Think Ink“ ist ein neues Instrument der Menschenrechtsarbeit. Sie macht digitale „Unterschriftensammlungen der neuen Generation“ möglich – mit dem Smartphone oder dem iPad.

Die „Think Ink“ App wurde für die IGFM von der Agentur „serviceplan content hamburg“ entwickelt und ist im Apple Store kostenlos erhältlich. Sie ist innovativ: Eine digitale Unterschrift auf dem iPad oder iPhone-Bildschirm – mehr wird nicht benötigt.

Die digitale Unterschrift auf dem Bildschirm eines iPhones oder iPads führt zu einem steigenden Pegelstand der Tinte, die dem iranischen Diktator Mahmud Ahmadinedschad bis zum Hals steigt. Damit wird die Wirkung einer Unterschriftensammlung visualisiert, der Teilnehmer kann direkt nachvollziehen, was er gemeinsam mit anderen erreicht.

Die Länge und Stärke der Unterschrift wird in Tintenmenge gemessen. Wer mitmacht, kann direkt nachverfolgen, wie seine Unterschrift und die seiner Freunde wirkt. Per Facebook kann beobachtet werden, wie der Diktator Ahmadinedschad schrittweise in der Tinte versinkt. „Viele Menschen glauben, dass eine Unterschrift nichts



**„Think Ink“ - eine Unterschriftensammlung der neuen Generation für iPhones oder iPads. Das App (Applikation) kann kostenlos geladen werden.**

bewirken kann. Die Think Ink-App beweist das Gegenteil“, so Christine Graf von der Agentur serviceplan.

Amir Rashidi, iranischer Internetaktivist der IGFM, bezeichnet den Einsatz der App als „einen wichtigen Schritt, um junge Menschen für die Menschenrechte zu aktivieren“, da dies „schnell, einfach und international einsatzfähig ist und unsere Freunde im Iran die Entwicklung direkt mitverfolgen können“. IGFM-Vorstandssprecher Lessenthin bestätigt diese Sichtweise: „Die Grüne

Bewegung, die Umstürze im Nahen Osten – vieles basiert auf der Nutzung von sozialen Netzwerken. Die Jugend wird heute maßgeblich per Onlinemedien aktiv – hier darf die IGFM nicht zurückstehen.“

### Herunterladen

Die App ist verfügbar über [www.igfm.de](http://www.igfm.de) und über: <http://itunes.apple.com/de/app/think-ink/id433424490?mt=8&ls=1>



Die Unterschrift (links) spendet Tinte. Das rechte Motiv zeigt, wie viel neue Tinte angekommen ist.

# „Das Menschenrechtszentrum im Knast“

**Das muss man sich einmal vorstellen: ehemalige politische Häftlinge fanden sich zusammen, als „ihr“ Gefängnis 2007 versteigert werden sollte, um es im Mai 2011 am Ende eines langen Kampfes selber kaufen zu können. Das ist nicht die Pointe eines kitschigen Romans, sondern Wirklichkeit in der zweisprachigen Lausitzmetropole Cottbus.**

Bis vor wenigen Monaten wussten selbst die ehemaligen Insassen nicht genau, dass ihr Gefängnis, wenig schmeichelhaft „Zuchthaus Cottbus“ genannt, seit Ende der 60er-Jahre das größte politische Gefängnis der DDR war. Wie in Bautzen II waren auch hier die Verhältnisse so, dass im Durchschnitt über 80 Prozent der Häftlinge „Politische“ waren, nur das die Kapazität in Bautzen II, im Gegensatz zum großen Bautzener Stadtgefängnis „Gelbes Elend“ nur auf etwa 200 Häftlinge ausgelegt war.

Cottbus war hingegen auf 600 Plätze ausgerichtet, obwohl zeitweise doppelt so viele Häftlinge in Vierstockbetten übereinander gestapelt wurden.

In Bautzen II saßen vor allem Langstrafer, Ausländer, aber auch kriminell gewordene oder kriminalisierte Staats- und Parteifunktionäre, während in Cottbus überwiegend „Republikflüchtlinge“ einsaßen oder „staatsfeindliche Hetzer“ mit Höchststrafen bis zu 5 Jahren. Der Bildungsgrad dürfte in beiden vergleichbaren Gefängnissen, die zwar der Polizei unterstanden, aber besonders von der Stasi kontrolliert und gesteuert wurden, überdurchschnittlich hoch gewesen sein. Im Zuchthaus Cottbus betrug der Anteil der Akademiker unter den Häftlingen, ganz im Gegensatz zu den „Erziehern“ und Schließern ca. 40 %. Besonders hoch war auch der Anteil der Cottbuser unter jenen 33.755 politischen Häftlin-



**Das ehemalige DDR-Zuchthaus Cottbus.**

gen, die zwischen 1963 und 1989 gegen Warenlieferungen in Höhe von insgesamt rund 3,5 Milliarden DM durch die Bundesrepublik freigekauft wurden. Paradoxerweise gibt es schon über 100 Bücher, in denen ehemalige Insassen ihre Hafterlebnisse schilderten, doch für die Wissenschaft war Cottbus kein Thema, bis der Journalist Dr. Tomas Kittan mit seinem Team das Sonderheft „Das Zuchthaus Cottbus“ in den Cottbuser Blättern 2009 herausgab. Nun kommt endlich Schwung in die Knast-Forschung, für die das Brandenburger Kulturministerium dem For-

schungsverbund SED-Staat und der Uni Potsdam 300.000 € zur Verfügung stellte. Aus den von der SED/PDS ins Ausland verschobenen Geldern der Parteien und Massenorganisationen, von denen ein Bruchteil zurückgeführt werden konnte, bekommt der Verein „Menschenrechtszentrum Cottbus“ jenes Geld, um das 22.000 m<sup>2</sup> große Zuchthausgelände mit drei Hafthäusern, einer Ambulanz und mehreren Produktionshallen gestalten und als Gedenk-, Begegnungs- und Bildungsstätte einrichten und fortan betreiben zu können. In der ersten Bauphase

## **Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.**

**Gründung: 31. Oktober 2007; Mitglieder: 90, vorwiegend ehemalige politische Häftlinge aus dem Zuchthaus Cottbus (Stand April 2011)**

**Ziel aus der Satzung: „Der Verein hat zur Aufgabe im Rahmen der Aufarbeitung und der Aufklärung über die Geschichte der beiden ehemaligen DDR-Haftanstalten in Cottbus einen Beitrag zur Versöhnung zu leisten und in Aufarbeitung der Unrechtsgeschichte dieses Ortes Verständnis und Hilfsbereitschaft für Menschen zu wecken, die in anderen Staaten dieser Welt politisch, rassistisch oder religiös verfolgt werden.“**

**Vorsitzender: Dieter Dombrowski, MdL**

**Kontakt: Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende, Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzener Straße 139, 03050 Cottbus, Tel.: 0355-4838333, 0172-3474179, sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de, www.menschenrechtszentrum-cottbus.de**





**Dieter Dombrowski, Vorsitzender des Vereins und Initiator des Menschenrechtszentrums und ehemaliger Gefangener im Zuchthaus Cottbus. Unser Bild zeigt Dieter Dombrowski in Zuchthauskleidung bei einem Protest gegen die Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei im Landtag von Brandenburg.**



**Sylvia Wähling und der Schriftsteller Siegmund Faust stoßen auf den Erwerb des ehemaligen Zuchthaus Cottbus an. Sylvia Wähling leitete Anfang der 90er-Jahre das Internationale Sekretariat der IGFM und ist Geschäftsführerin des Menschenrechtszentrums und Mitglied des IGFM-Vorstands. Unser Autor Siegmund Faust war selbst von 1973 bis 1975 Insasse des Cottbusser Zuchthaus.**

werden leider nur das Torhaus teilweise und das Hafthaus 1 zum größten Teil saniert. Die restlichen Gebäude werden für die Öffentlichkeit vorerst nicht zugänglich sein. Es gibt jedoch jetzt schon originelle Pläne über die Nutzung und über weitere Sonderausstellungen, damit in Cottbus eine Gedenkstätte entsteht, die Besucher von nah und fern anlocken soll.

Der Bund bezahlt einen Teil jener Mittel, die nötig sind, um eine Ausstellung zum Thema „Würde, Freiheit, Rechtsstaat – Politische Verfolgung in drei Epochen“ umzusetzen und den Betrieb in die Zukunft zu führen.

Das ist in der rot-roten „Volksrepublik“ Brandenburg, in der die Aufarbeitung der Stasi- und Diktaturvergangenheit allzu lange verhindert worden war, auch verdammt nötig. Nun geschieht das Einmalige in der Gedenkstättenlandschaft Deutschlands, dass ein Verein von vorwiegend ehemaligen politischen Häftlingen Eigentümer eines Gefängnisses und Träger einer Gedenkstätte wird. Keine Stiftung, kein Ministerium oder Wissenschaftsrat hat das letzte Wort, sondern nur der Vorstand des Vereins. Der Vorsitzende Dieter Dombrowski (MdL), langjähriges IGFM-Mitglied

und Generalsekretär der Brandenburger CDU, war hier selber zwischen 1973 und 1975 eingesperrt, ebenso ich als Kuratoriumsmitglied der IGFM. Die Geschäftsführende Vorsitzende Sylvia Wähling ist frisch gewähltes

Vorstandsmitglied der IGFM. Menschenrechtler halten zusammen, weil Menschenrechte eben unteilbar sind.

*Siegmund Faust*

## **Wie Sie dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. helfen können!**

**Das Menschenrechtszentrum ist dringend auf Hilfe angewiesen. Dazu einige Anregungen des Vorstandes, wie und wodurch Hilfe geleistet werden könnte:**

**Wir suchen für unsere Ausstellung, die sich nur mit der politischen Verfolgung im ehemaligen Zuchthaus Cottbus befassen wird, Zeitzeugen, d.h. Menschen, die hier inhaftiert gewesen sind.**

**Wir suchen Zeitzeugen, die über ihre Erlebnisse vor Schülern berichten möchten und es auch können.**

**Wir suchen Originaldokumente oder Fotos von 1860–1990 über das Zuchthaus Cottbus.**

**Wir suchen Bücher mit Hafterinnerungen, auch Manuskripte, Urteile, Briefe und herausgeschmuggelte Gegenstände.**

**Wir suchen Informationen zu Inhaftierten, die verstorben sind, auch zu Wärtern der NS- und DDR-Zeit.**

**Wir suchen ehemalige Häftlinge, die uns ihre Geschichte erzählen oder gern mit Gleichgesinnten reden wollen.**

# Maids sind ein Statussymbol

In über hunderttausend Haushalten des Libanons schufteten asiatische und afrikanische Haushälterinnen für 100 bis 200 US-Dollar im Monat. Ihre rechtliche Lage ist prekär, Misshandlungen sind keine Seltenheit. Die Caritas kümmert sich um die schwersten Fälle.

„In der Familie, zu der ich kam, gab es immer Probleme. Der Mister hat mich ständig angeschrien. Ich musste immer mitten in der Nacht aus dem Haus. Zigaretten kaufen gehen. Wenn seine Zigaretten zu Ende waren, hat er mich sofort beschimpft. „Du Schlampe“ hat er mich immer genannt. Den ganzen Tag.“ Maria guckt starr auf den Boden, während sie erzählt. „Manchmal habe ich mit ihnen gegessen, häufig aber auch gar nichts bekommen.“

Irgendwann hielt es Maria nicht mehr aus. Sie wollte weg, aber durfte nicht. „Er hat gesagt, ich müsste erst 2.000 Dollar bezahlen, wenn ich weg wollte. Dann hat er mich plötzlich doch rausgeworfen: „Dies ist kein Hotel, verschwinde!“ hat er geschrien. „Meine Sachen durfte ich nicht mitnehmen. Auch mein Pass liegt noch dort.“ Die Dachgeschosswohnung in der Maria nun lebt ist mit einer schweren Eisentür gesichert. Dies ist ihr Zufluchtsort, ein Schutzzentrum der Caritas Libanon.

Maria ist nicht ihr richtiger Name. Auch ein Foto von ihr darf nicht gezeigt werden. Der deutsche Besucher musste vor dem Treffen schriftlich versichern, die Identität der Frauen zu schützen. Auch andere Frauen aus den Philippinen, Äthiopien und Sri Lanka, die sich mit ihr die Wohnung teilen, befinden sich in laufenden Gerichtsverfahren. Sie kamen als Hausmädchen in Familien im Libanon. Doch nun suchen sie Schutz von ihren ehemaligen Arbeitgebern. Sie wurden misshandelt, geschlagen oder ihnen wurde ihr Gehalt verwehrt. Ihr



Weltweiter Geldtransfer mittels Western Union und asiatische Lebensmittelgeschäfte – In Daura hat sich die Infrastruktur auf die Migranten spezialisiert.

Zufluchtsort liegt in Daura, in einem Vorort der libanesischen Hauptstadt Beirut. Daura ist Busbahnhof, Kreisverkehr und Verkehrsknotenpunkt in einem. Sonderlich reich ist die Gegend nicht. Auf der Straße sind viele Migranten aus Asien und Afrika zu sehen. In den Seitengassen rund um den großen Kreisverkehr haben sich viele Läden eingerichtet. Läden, die den Bedarf der diversen Migrantengruppen erfüllen. Palmöl für

die Afrikaner. Scharfe Gewürze für die Südasiaten.

Nicht alle Migranten, die in der Gegend leben, arbeiten als Putzfrauen oder Haushälterinnen. Es gibt auch syrische Bauarbeiter und sudanesische Müllmänner. Die meisten Frauen aus Asien und Afrika arbeiten jedoch in libanesischen Haushalten. Die weltweite Migration zeigt hier ihr weibliches



Noha Roukoss (links) und Nirmala (rechts) sind immer eine Anlaufstation für misshandelte Maids im Libanon.

Gesicht. Über 120.000 ausländische Frauen arbeiten laut offizieller Statistik im Libanon als Haushaltshilfen. All die Illegalen nicht eingerechnet. In einem Land mit gerade einmal vier Millionen Einwohnern ist das eine beachtliche Zahl. Ursprünglich schrubbten und kochten Libanesinnen aus den Bergen in den Haushalten der Oberschicht in Beirut. Später kamen dann auch Haushälterinnen aus anderen Teilen der arabischen Welt, schließlich aus Fernost in den Libanon.

Ein eigenes Hausmädchen zu haben, ist längst nicht mehr auf die Oberschicht begrenzt. Auch die meisten Mittelschicht Haushalte beherbergen die „Maids“ genannten Hausmädchen. Während in Deutschland es den meisten peinlich ist, eine Putzfrau zu beschäftigen, ist die Situation im Libanon umgekehrt. Maids sind ein Statussymbol. In der Architektur ist die Maid-Wohnung, sprich eine kleine Schlafkammer neben der Küche, schon fester Bestandteil der Raumaufteilung.

Eine Äthiopierin bekommt 170 US-Dollar. Eine Frau aus Bangladesh 150 US-Dollar im Monat. „Die Gehälter der Maids variieren je nach Nationalität“, klärt Noha Roukoss auf, die Leiterin der Aufklärungskampagne bei der Caritas. „Eine Äthiopierin bekommt 170, eine Frau aus Bangladesh 150 US-Dollar im Monat. Am besten werden die Philippinas bezahlt. Sie erhalten 200 – 250 US-Dollar Gehalt.“

Die Agentur brachte Kumari aus Sri Lanka in den Libanon. Sie bekam 180 US-Dollar im Monat ausgezahlt. „Die Arbeit war wirklich sehr hart“, erzählt sie. „Ich musste um 5:30 Uhr aufstehen, um das Frühstück vorzubereiten, dann kam Aufräumen und der Hausputz. Mittagessen machen, Abwaschen. Die Kinder nach der Schule betreuen. Abendessen vorbereiten und der Familie bis in die Nacht die Getränke servieren. Nachts konnte ich erst ins Bett, wenn schon alle anderen geschlafen haben.“

Das Problem für die Frauen ist, dass sie

**Nivien Aoun kümmert sich im Hauptquartier der Caritas um die Belange der Frauen.**



illegal sind, sobald sie ihre Vertragsfamilie verlassen. Ihre Aufenthaltsgenehmigung ist an ihren Arbeitsvertrag gekoppelt. „Wenn eine Frau von ihrem Arbeitgeber wegläuft, hat sie keine Aufenthaltsgenehmigung mehr“, erzählt Roukoss. Zudem behalten die Arbeitgeber die Ausweispapiere der Frauen als Sicherheit ein. Einer Umfrage der Caritas aus dem Jahr 2005 zufolge verfahren 90 Prozent der libanesischen Familien mit Maids nach diesem Muster.

71 Prozent der Libanesen die Haushaltshilfen einstellen, sind der Meinung, sie dürften die Bewegungsfreiheit der Frauen eingrenzen. 73 Prozent gaben 2005 an, den Kontakt der Frauen zu ihren Familien zu regulieren und zu begrenzen. Zwar geben nur 2 Prozent der Befragten an, dass sie das Recht haben, ihre Maid körperlich zu bestrafen. In der gleichen Umfrage geben jedoch 31 Prozent an, dass sie ihre Haushälterin dennoch schlagen, wenn diese ihren Anweisungen nicht folgt. Diese Zahlen verdeutlichen den Handlungsbedarf, den die Caritas sieht.

Trotz der vielen schlechten Erfahrungen, die unzählige Haushälterinnen in der Ferne machen, reißt der Strom der Arbeitssuchenden nicht ab. Nach einer Reihe von Selbstmorden von philippinischen Haushälterinnen im Libanon, hat das Land einen Ausreisebann verhängt. Sri Lanka, Äthiopien und andere Staaten folgten dem Beispiel. Die Frauen werden jetzt über Drittstaaten geschleust. Maria aus den Philippinen kam zum Beispiel über Singapur in den Libanon. „Der Bann hat sich als wirkungslos erwiesen. Er macht die Situation der

Frauen nur komplizierter“, bedauert Nirmala, die Leiterin des Caritas-Schutzcenters in Daura.

Meskerem kommt aus Äthiopien. Sie sitzt neben Nirmala an einem kleinen Küchentisch und berichtet, dass ihr viele Frauen abgeraten hatten, in den Nahen Osten zu gehen. „Sie sagten, sie hätten Probleme gehabt und ihnen sei es sehr schlecht gegangen“. Geglaut hat Meskerem ihnen nicht. „Ich hab doch gesehen, dass sie Geld hatten. Ich dachte, Sie wollen nicht, dass ich auch weggehe und Geld verdiene“. Jetzt sitzt Meskerem im Schutzcenter der Caritas und weiß, dass die anderen Frauen nicht gelogen hatten. Sie ist von ihrer Familie geflohen, da sie weder Essen noch Gehalt erhalten hat.

Da sich am Grundmuster der Arbeitsmigration in den nächsten Jahren nichts ändern wird, haben die Caritas und andere Hilfsorganisationen ihre Strategie zunehmend diversifiziert. Neben Maßnahmen in den Heimatländern der Maids rücken auch immer mehr die Arbeitgeber und Agenten in den Fokus. So wurde kürzlich ein Grundsatzdokument mit einer Vereinigung von Vermittlern von Maids im Libanon unterzeichnet. Diese verpflichten sich in Zukunft ihre Kunden, also die Familie, die die Maids anstellen, stärker über die Rechte der Angestellten zu informieren. Langfristig sollen landesweite Informationskampagnen im Libanon zu einem Bewusstseinswandel führen. Haushaltshilfen sollen als normale Arbeitskräfte wahrgenommen werden, nicht als Sklaven.

*Björn Zimprich*

VENEZUELA

# Die Angst vor freier Meinung

## Für seine Revolution bringt Hugo Chávez unabhängige Medien zum Schweigen



In den Medien und an Häuserfassaden: Chávez will für seine Anhänger allgegenwärtig sein.

**Am Morgen des 18. Mai 2011 schafften sich einige Uniformierte gewaltsam Zutritt zu den Gebäuden der Zeitung „El Nuevo País“ in der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Im Auftrag der Regierung nahmen sie einen Schuppen auf dem Gelände in Beschlag. Offizielle Begründung: Sechs von den schweren Regenfällen im Land obdachlos gewordene Familien müssten hier Unterkunft finden.**

Scheinbar zufällig handelte es sich jedoch nicht um einen leer stehenden Schuppen, auf den die Zeitung problemlos verzichten kann. Im Gegenteil steht in diesem Gebäudetrakt eine Druckmaschine, die für die ordnungsgemäße Produktion der Zeitung unentbehrlich ist. Der Herausgeber der Zeitung „El Nuevo País“, Rafael Poleo, bezweifelt deshalb die Begründung der Behörden. In Wirklichkeit sei die Aktion nichts anderes als ein „Vergeltungsakt“ gegen sein regierungskritisches Blatt.

Immer wieder hatte „El Nuevo País“ mit spektakulären Fotoreportagen für Aufsehen gesorgt, die dem Staatspräsidenten gar nicht gefielen. So dokumentierte man 2008 eine Urlaubsreise

inklusive Privatjet des Präsidentensohnes „Huguito“ mit einigen Freunden nach Kuba – angeblich auf Staatskosten. Zu einem anderen Zeitpunkt veröffentlichte das Blatt ein viel beachtetes Foto eines Demonstranten, der mit bloßen Händen versucht, einen Polizei-Wasserwerfer aufzuhalten. Erst kürzlich begann „El Nuevo País“ mit einer neuen Serie. Ihr Thema: Iranische Aktivitäten in Venezuela.

Dabei übersetzte das Blatt auch einen



**Hugo Chávez hat sich mittlerweile weit von der eigenen Verfassung entfernt, die er noch im Dezember 1999 unter großen Feierlichkeiten eingeführt hatte.**

Artikel der deutschen Zeitung „Die Welt“. In ihm wird berichtet, dass der Iran in Venezuela dank eines Geheimabkommens zwischen Hugo Chávez und Mahmoud Ahmadinedschad eine Raketenbasis bauen darf. Dem Artikel zufolge habe Venezuela dem Iran zugesagt, seine Feinde von der Raketenbasis aus angreifen zu können, was ein unmittelbares Risiko für die USA darstellen könne. Rafael Poleo ist überzeugt, dass es diese Berichte waren, die zur Beschlagnahme des Schuppens mitsamt der Druckmaschine geführt haben.

### Der Fall RCTV

Als Opfer der Zensur fühlt sich auch Marcel Granier. Seit 1969 ist er Direktor des ältesten privaten Fernsehsenders des Landes, „Radio Caracas Televisión (RCTV)“. Im selben Jahr übertrug RCTV die erste Mondlandung eines Menschen. Anschließend folgte eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Unter der Führung von „Mr. RCTV“ stieg das „Zweite“, wie der Kanal wegen seines Sendeplatzes genannt wird, zum beliebtesten Sender des Landes auf. Den Erfolg verdankte RCTV dabei besonders seinen oft seichten „Telenovelas“ oder Unterhaltungssendungen wie „Wer wird Millionär“. Die RCTV-

Nachrichtensendung „El Observador“ machte nie Hehl aus ihrer oppositionellen Haltung zu Präsident Hugo Chávez.

Durch den freien Empfang von RCTV erreichten regierungskritische Nachrichten auch arme und bildungsferne Schichten. Am 27. Mai 2007 wurde RCTV die Fernsehlizenz entzogen, die der Sender seit 55 Jahren besessen hatte.

In einer live vom Staatsfernsehen übertragenen Rede vor Militärangehörigen, hatte Präsident Hugo Chávez kurz zuvor verkündet: „Es wird keine Konzession für diesen Fernsehkanal geben, der Staatsstreiche unterstützt und sich Radio Caracas Televisión nennt. Die Konzession hört auf. Bereiten Sie sich vor. Schalten Sie ihre Geräte aus. Es wird hier kein Medium geduldet, das (...) gegen das Volk, gegen die Nation, gegen die nationale Unabhängigkeit, gegen die Republik ist“.

### **Arme Venezolaner empfangen nur gleichgeschaltete Programme**

Auf dem angestammten RCTV-Sendeplatz Nummer 2 sendet seit vier Jahren „TVes“ – ein staatlich gelenkter Fernsehkanal. Seitdem können gerade arme Venezolaner, die sich kein Kabelfernsehen leisten können, nur noch staatlich gleichgeschaltetes Fernsehen empfangen, in dem in kubanischer oder weißrussischer Manier die Großtaten des Präsidenten hochgelobt werden. Dies, so Kritiker, verweigere ihnen pluralistische Nachrichten und mache sie für die Regierung leichter manipulierbar.

### **Auch aus dem Kabelfernsehen verbannt**

Als „RCTV Internacional“ zog sich der Sender daraufhin ins Kabelfernsehen zurück. Aber auch dort wurde der regierungskritische Kanal nicht lange geduldet. Am 23. Januar 2010 um Mitternacht eliminierte die Kommunikationsbehörde CONATEL „RCTV Internacional“ aus dem Kabelnetz. Der

**Fühlt sich als Opfer der Zensur: Marcel Granier. Seit 1969 ist er Direktor des ältesten privaten Fernsehsender des Landes, „Radio Caracas Televisión (RCTV)“.**



offizielle Grund war die Weigerung des Senders, das absurde Gesetz „Ley Resorte“ zu befolgen. Dieses Propagandagesetz verpflichtet unter anderem alle Fernsehsender, bestimmte Reden des Präsidenten Hugo Chávez live zu übertragen.

Für Marcel Granier sind die Anklagen der Regierung aus der Luft gegriffen. Er bestreitet, dass sein Fernsehsender an dem angeblichen Staatsstreich 2002 beteiligt gewesen sei, und bezichtigt Präsident Chávez der Lüge. Chávez habe sich mittlerweile zu einem „Diktator“ und einem „Feind der Meinungsfreiheit“ entwickelt. Trotzdem bleibt Granier optimistisch, dass RCTV bald wieder frei senden kann. Er fordert die Venezolaner dazu jedoch auf, gegen die Verletzungen der Pressefreiheit und der Menschenrechte aufzustehen.

Die Regierung versuche täglich, „die Stimme des Protestes des venezolanischen Volkes gegen das Scheitern der Regierung“ zum Schweigen zu bringen. Sein eigener Sender will trotzdem weiter sprechen – obwohl Granier die Belegschaft von einst 3.500 Mitarbeitern auf weniger als ein Zehntel reduzieren musste.

### **Venezuela in puncto Pressefreiheit hinter Zimbabwe**

Marcel Granier und Rafael Poleo sind weit mehr als einsame Rufer in der venezolanischen Wüste der Pressefreiheit. Das Urteil der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (RoG) über Hugo Chávez könnte deutlicher kaum sein: „Die massive Schließung vor allem oppositioneller Medien gefährdet die Zukunft demokratischer Debatten in Venezuela und macht die



**Hugo Chávez gefällt sich als politischer Ziehsohn von Kubas Langzeitdiktator im Ruhestand Fidel Castro.**

Absichten der Regierung deutlich, abweichende Meinungen zum Verstummen zu bringen“, so die Organisation. Auf der RoG-Rangliste der Pressefreiheit steht Venezuela nur noch auf Platz 133 von insgesamt 178 und befindet sich damit hinter Staaten wie Zimbabwe, Indonesien oder Tadschikistan.

Hugo Chávez hat sich mittlerweile weit von der eigenen Verfassung entfernt, die er noch im Dezember 1999 unter großen Feierlichkeiten eingeführt hatte. Besagt doch die „bolivarische“ Magna Charta in Artikel 58: „Jede Person hat das Recht auf zutreffende, wahre und unabhängige Information ohne Zensur“. Mittlerweile ist dies zur bloßen Phrase verkommen.

Die Regierung erlässt ein vages und mitunter geradezu skurriles Pressegesetz nach dem anderen. So kann zensuriert werden, was den „Respekt vor staatlichen Institutionen vermissen“ lässt oder den „Hass schürt“ – was auch immer das heißt. Rechtssicherheit herrscht wenig, Unsicherheit umso mehr.

### **Absolutistische Züge**

Immer wieder spielt sich der Präsident, der derzeit mal wieder per Ermächtigungsgesetz regiert, im Fernsehen als das oberste Gesetz seines Staates persönlich auf. Willkürlich urteilt er per TV über Angeklagte, enteignet Betriebe oder schließt Medien. Dies führt unter venezolanischen Journalisten zu

einem Klima der permanenten Angst. Wer sich oppositionell äußert, wird zudem nicht mehr zu Pressekonferenzen eingeladen und erhält schon gar keine Werbeeinnahmen von den ständig wachsenden staatlichen Unternehmen.

Unabhängige Unternehmen sehen sich Drohungen seitens der Regierung ausgesetzt, in den verbliebenen oppositionellen Medien nicht zu werben. Reagieren sie nicht auf diese Drohungen, findet der Staat andere Methoden, sie zu drangsalieren. Bedrohung, Einschüchterung und Mobbing von Regimegegnern sind im öffentlichen Leben an der Tagesordnung. Ein Teufelskreis, der häufig in Selbstzensur endet. Schließlich will man ja nicht sein eigenes Tagesgeschäft gefährden.

### **Mit Volldampf in die Vergangenheit**

Die „bolivarische“ Revolution des Hugo Chávez wird bald zwölf Jahre alt. In den Worten von Hugo Chávez ist sie noch ein „kleines Mädchen“, welches er mindestens bis zum Erwachsenenalter begleiten möchte. Gut möglich, dass in der „erwachsenen“ Republik des vorlauten Präsidenten dann gar kein Platz mehr für regierungskritische Stimmen wäre. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, im Fall Venezuelas genauer hinzuschauen. Die „neue“ Gesellschaft des Hugo Chávez steuert mit Volldampf in die Vergangenheit.

Sie nähert sich immer stärker den vielen gescheiterten Versuchen an, den freien Menschen in einen „neuen Menschen“ umzuwandeln. Nicht umsonst nennt Hugo Chávez Fidel Castro, den steinalten kubanischen Diktator im Ruhestand, als sein großes Vorbild. Nach kubanischem Vorbild läuft das Wort Meinungsfreiheit auch in Venezuela Gefahr, eine neue Bedeutung zu erhalten – die „Freiheit von einer eigenen Meinung“.

*Sebastian Grundberger*

# DEMOKRATIE

Frei reden kann tödlich sein.  
Weil immer noch Menschen für das, was sie sagen, gefoltert und hingerichtet werden,  
fordert die IGFM weltweit Meinungsfreiheit. Infos unter [www.menschenrechte.de](http://www.menschenrechte.de)



# Diktatoren strangulieren die Presse- und Informationsfreiheit

**Zensur und Einschränkungen der Informationsfreiheit nehmen weltweit zu – IGFM ruft auf: Keine Toleranz den neuen Zensoren!**

**Die Zensur von Meinungsäußerungen in Presse-, Hörfunk, Fernsehen, Kino und Internet ist wieder auf dem Vormarsch. In vielen Ländern sind Print-, Online- und TV-Journalisten, aber auch Schauspieler, Buchautoren, Regisseure und andere Künstler massiver Zensur, Einschüchterung, Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt.**

Oftmals müssen Journalisten und Blogger mit drakonischen Strafen rechnen. Und dies allein für die Ausübung ihrer Grundrechte. So sind in Vietnam aktuell über 33 Journalisten und Blogger in Haft – und Vietnam ist nur ein Beispiel für eine erschreckende weltweite Entwicklung!

Als Exempel für die „spürbare weltweite Entwicklung“ verweist die IGFM insbesondere auf folgende Länder:

## **Islamische Republik Iran – Entwicklung besorgniserregend**

Gerade für die Islamische Republik Iran sieht die Entwicklung „besonders besorgniserregend aus“, so IGFM Vorstandssprecher Lessenthin. Der IGFM vorliegende Informationen zeigen die iranische Presse lediglich freier als in Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea.

Mit Einführung der sogenannten „Internetpolizei“ schuf das Regime ein Medium, um die Internetinhalte strategisch und systematisch zu überwachen – und Blogger und Online-Journalisten „zu verfolgen und durch drakonische Strafen mundtot zu machen“, so die

IGFM. Ein Beispiel ist der Internetaktivist Hossein Ronaghi Maleki, welcher zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde. Der IGFM liegen aktuell Namen von mindestens 10 inhaftierten Bloggern vor, jedoch geht man davon aus, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Wie um den Wunsch nach freiem Zugang zu Informationen noch weiter zu verhöhnen, plant der Mullahstaat ein „Halal-Internet“ – ein vollständig vom offenen World Wide Web abgetrenntes Computernetz, also eine Art „Intranet“. Dies würde dem iranischen Regime die totale Kontrolle über das Netz ermöglichen.

Insbesondere im Zusammenhang mit den höchst umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2009 intensivierte sich diese Entwicklung. Webseiten mit regierungskritischem Inhalt wurden gelöscht oder blockiert. IGFM-Aktivisten bestätigen, dass „oppositionelle

Webseiten und soziale Netzwerke gezielt angegriffen und lahmgelegt wurden, um jegliche Informationsweitergabe zu unterbinden“. Aufgrund der Verteilung der Medienrechte stellt die IGFM fest: „Die Medien sind in der Hand der Regierung und ein offener Austausch ist nicht möglich“. Selbst der private Gebrauch von Satellitenschüsseln ist per Gesetz untersagt.

## **Die Volksrepublik China ist Weltmeister in Zensur**

Die VR China ist nicht nur Weltmeister im Foltern und Vollstrecken von Todesurteilen, sondern auch in der Zensur der Medien. Über 2000 Zeitungen, mehrere Tausend Zeitschriften, Hunderte von Radio und Fernsehsendern säumen Chinas Medienlandschaft. Alle diese Medien werden von einer einzigen staatlichen Presseagentur (Xinhua) mit Informationen ver-



**Gesperrte Webseite. Solche Anblicke sind in der Islamischen Republik Iran und der Volksrepublik China schon lange traurige Realität.**



sorgt. Diese Agentur unterliegt der Aufsicht der staatlichen Presse- und Publikationsverwaltung, die der Propagandaabteilung der KPCh untersteht.

Neben Radio, Fernsehen und Printmedien wird auch das Internet von staatlicher Seite zensiert und kontrolliert. Chinas „Great Firewall“ stellt für die meisten chinesischen Internet-User eine fast unüberwindbare Hürde dar. Rund 40.000 „Internet-Polizisten“ kontrollieren das Netz Tag und Nacht. Mehrere Hunderttausend „subversive“ Internetseiten sind gesperrt.

Dabei bedient man sich modernster Technik aus dem Westen, welche die aufgerufene Internetseite in mehreren Schritten überprüft. IP-Adresse und Name des Betreibers werden mit verbotenen Seiten abgeglichen, Begriffsfilter kontrollieren die Internetadresse auf verbotene Begriffe und Inhalte der Seiten werden nach bestimmten Keywords durchsucht.

### Verbotene Begriffe

Enthält die aufgerufene Seite z.B. Begriffe wie „Tiananmen – Massaker, Falun Gong oder Dalai Lama“ wird der User nach einiger Wartezeit entweder vor einer leeren Seite sitzen oder ihm wird „freundlich“ mitgeteilt, dass diese Seite zurzeit nicht zur Verfügung steht.

### Vietnam – Zensur ganz oben auf der Tagesordnung

Die kommunistische Regierung hält das Medienmonopol mit ihren 700 Zeitungen und Zeitschriften fest in der Hand. Daher benutzen Oppositionelle und Dissidenten sowie Vertreter der Zivilgesellschaft zunehmend das Internet als alternative Informationsquelle. Die Regierung setzt Firewalls ein, um politisch unliebsame Webseiten zu blockieren. In den letzten Monaten wurden mehrere Blogs von Hackern lahmgelegt. Blogger, deren Identitäten festgestellt werden, müssen mit Verhören, Schikanen, Verlust des Arbeitsplatzes oder sonstigen Übergriffen rechnen.

Derzeit sind mindestens 33 Personen wegen „Propaganda gegen den sozialistischen Staat Vietnam“ nach Artikel 88 vStGB in Haft. Neben hohen Haftstrafen von bis zu acht Jahren erhielten sie zusätzlich einen bis zu fünfjährigen Hausarrest, welcher nach Meinung der IGFM wegen seiner zahlreichen Auflagen als „Haft außerhalb der Gefängnismauern“ angesehen werden muss. Schon im April berichtete die IGFM über die Schicksale von drei Bloggern.

Aufgrund von etwa 60 von ihm verfassten kritischen Artikeln wurde Blogger Vi Duc Hoi am 26. April 2011 zu fünf Jahren Haft und drei Jahren Hausarrest verurteilt. Blogger und Jurist Dr. Cu Huy Ha Vu wurde am 4. April 2011 zu sieben Jahren Haft und drei Jahren Hausarrest verurteilt, da er sich im Internet und bei Radiointerviews kritisch äußerte.

### Blogger seit Monaten spurlos verschwunden

Von Blogger Nguyen Van Hai (Dieu Cay) fehlt seit sieben Monaten jede Spur. Nach Verbüßen seiner zweieinhalbjährigen Haftstrafe wurde er unrechtmäßig festgehalten und der antistaatlichen Propaganda bezichtigt. Dieu Cay war Leiter des Clubs „Freier

Journalisten“, welche sich die Einrichtung alternativer Medien in Vietnam zum Ziel macht.

### Kuba – Zensoren unter Palmen

Wie die IGFM-Arbeitsgruppe auf Kuba berichtet, gibt es auf der von den Castro-Brüdern diktatorisch regierten Karibikinsel faktisch keine Pressefreiheit. Die legalen Medien, wie die Zeitung „Granma“, dienen ausschließlich als Propagandawerkzeug für das Castro-Regime und die Partei der kubanischen Kommunisten, die einzige auf Kuba zugelassene Partei.

Regimeneunabhängige Journalisten und Blogger werden als Konterrevolutionäre und Handlanger des Imperialismus denunziert und sind durch „Gummiparagraphen“ wie Artikel 91 und dem Gesetz 88 der Staatssicherheit ohne Schutz ausgeliefert. Sie werden von staatlichen Organen und aufgehetzten „Rollkommandos“ diskriminiert, verfolgt und inhaftiert.

Die schrittweise Freilassung aller 75 politischen Gefangenen, die im Zuge des sogenannten „Schwarzen Frühlings“ 2003 inhaftiert wurden, darf nicht als Indikator für eine Verbesserung der Menschenrechtslage auf Kuba interpretiert werden. Zum einen wur-

**Der Jurist Cu Huy Ha Vu ist seit dem 4. April 2011 inhaftiert, weil er sich kritisch zu der vietnamesischen Regierungsform äußerte.**



den fast alle nur unter der Bedingung aus dem Gefängnis entlassen, dass sie und ihre Familien für immer in die Verbannung gehen. Zum anderen werden weiterhin Journalisten, Menschenrechtler und Dissidenten inhaftiert.

„Es gibt keinen Fortschritt bei den Menschenrechten auf Kuba. Die Realität heißt Verfolgung, Folter und Gefängnisstrafen von bis zu 28 Jahren für die Einforderung der Meinungs- und Pressefreiheit – eine institutionalisierte Zensur unter Palmen!“, kommentiert die IGFM die Lage auf der Karibik-Insel.

### Ägypten – auch nach Mubarak keine Pressefreiheit

Nach dem Fall Mubaraks waren Internet und Presse so frei wie nie, die demokratische Revolution hatte gesiegt – so schien es zumindest. Doch die jüngste Entwicklung gibt Anlass zur Sorge. Die IGFM weist darauf hin, dass das Militär verstärkt Internetaktivisten gezielt verhaftet, einschüchert und foltert. Während die internationale Aufmerksamkeit auf Libyen und Syrien gerichtet ist, hat das ägyptische Militär nach Einschätzung der IGFM damit begonnen, seine Kritiker mundtot zu machen.

Bei den klassischen Medien greifen nach wie vor die alten Kontrollmechanismen. Die Medien sind vielfach staatlich oder ihre Eigentümer und Chefredakteure stehen dem alten Regime nahe. Stark an Einfluss gewinnen konnten über Satellit übertragene islamische Fernsehsender, deren Betreiber noch radikaler sind als die Muslimbrüder. Diese islamischen Extremisten sind ihrerseits dazu übergegangen, ihre Kritiker zu bedrohen.

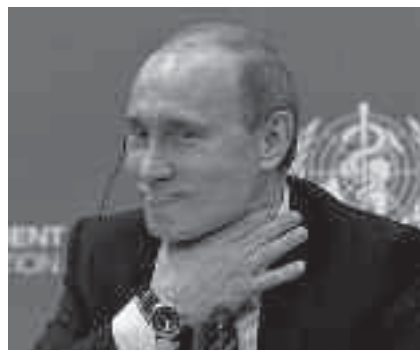
### Russland im Zeichen der Zensur

Seitdem der ehemalige KGB-Offizier Russlands Wladimir Putin 1999 an die Schaltstellen der Macht kam, steht Russlands Presse- und Medienlandschaft im Zeichen zunehmender Zensur. 2010 kamen in Russland 12 Jour-



**Der harmonische und friedliche Schein der Reisekatalogidylle trägt. Im karibischen Urlauberparadies Kuba sind die Unterdrückung der Meinungs- und Informationsfreiheit für die eigene Bevölkerung allgegenwärtig.**

nalisten ums Leben, die meisten wegen ihrer Recherchen und Berichte über korrupte Machenschaften in Behörden und Ordnungskräften des Landes. 58 Journalisten waren Zielobjekt gewalttä-



**Wladimir Putin – Feind der freien Presse. Seit Putins Machtantritt steht Russlands Presse- und Medienlandschaft im Zeichen zunehmender Zensur. Es gibt kein freies Fernsehen in Russland mehr, kritische Journalisten sind von Gewalt bis hin zum Mord bedroht. Die meisten Journalistenmorde bleiben unaufgeklärt, die Täter und Drahtzieher kommen ungeschoren davon. Auf der „Karte der Pressefreiheit“ („Karta Glasnosti“) der Moskauer Glasnost-Stiftung findet sich keine einzige Region mehr in Russland, in der Pressefreiheit besteht.**

tiger Übergriffe, acht für kritische Berichterstattung bekannte Redaktionen wurden überfallen und verwüstet. 2011 gab es bis März bereits 14 gewalttätige Überfälle auf Redaktionen und Journalisten, wie z.B. auf Vitalij Kusmin von der Zeitung „Bürgerliche Eintracht“, der schwer verwundet wurde. Sein Kollege, Anatolij Jurjew, Chefredakteur der Zeitung, wurde Anfang Dezember niedergestochen und erlag seinen Verletzungen.

Die Aufdeckungsquote war und bleibt in solchen Fällen erschreckend niedrig, in vielen Mordfällen kommen die Täter aufgrund entweder schlampig oder mitunter augenfällig unwillig geführter Ermittlungen straffrei davon. Gemäß Experten der IGFM gilt Russland als eines der Länder mit einer äußerst niedrigen Aufklärungsquote von Journalistenmorden. Kritische Journalisten verlieren ihren Arbeitsplatz, erhalten offene Morddrohungen korrupter Ordnungshüter.

Fernsehanstalten legen Namenslisten von Oppositionellen vor, die nicht auf dem Bildschirm gezeigt werden dürfen. Unter dem Deckmantel der „Extremismus-Bekämpfung“ finden systematische Übergriffe russischer

Sicherheitsorgane auf regimekritische Stimmen auch im Internet statt, wie unlängst auf die Seite der „Nowaja Gaseta“ und des Portals „Livejournal Russia“. Russlandexperten sprechen aus, was viele schon lange befürchten: „in Russland gibt es keine Region mehr, in der Pressefreiheit herrscht!“.

### **Venezuela – keine Freiheit der Presse in Sicht**

„Schwerwiegende Einschränkungen der Pressefreiheit“ beklagt die IGFM auch in Venezuela. So habe Präsident Hugo Chávez seine praktisch unbeschränkte Machtstellung zur Verabschiedung eines Gesetzes benutzt, das Internetzensur ermöglicht. Über 30 private Radiostationen seien während der letzten Jahre geschlossen und viele weitere mit massivem Druck auf Regierungslinie gebracht worden.

Marcel Granier, Direktor des 2007 aus dem frei empfangbaren Fernsehnetz verbannten oppositionellen Fernsehsenders RCTV beklagt zudem den Versuch der Regierung, die publizistische Opposition wirtschaftlich zu zerstören. So werde der Privatwirtschaft gedroht, ihre Werbung nicht in oppositionellen Medien zu veröffentlichen.

*(Siehe hierzu auch den Artikel auf Seite 12 in dieser Ausgabe. Anmerkung der Redaktion.)*

### **Die Angst vor dem freien Wort**

Diktatoren und diktatorische Regimes haben Angst vor dem Wort, dem Geschriebenen sowie dem Gesprochenen. Dies gilt für alle Regimes dieser Welt. Nirgends ist die Zensur, die Unterdrückung schreibender, recherchierender und publizierender Menschen größer als in nicht-demokratischen und „defekt-demokratischen“ Regimes der Gegenwart. Erfahrungen von IGFM nahestehenden Bloggern und Journalisten zeigen, dass „sich Diktatoren insbesondere durch schriftlich festgehaltene Worte in ihrem Machtanspruch gefährdet sehen“.



**Marcel Granier (rechts), Direktor von RCTV, kämpft für die Pressefreiheit in Venezuela.**

Diktatoren und nichtdemokratische Regimes versuchen somit Geschriebenes zu verhindern – dies resultiert in der Verfolgung von Berichterstattern und Onlineredakteuren. Gemäß der IGFM vorliegenden Informationen hat sich die Pressefreiheit in einem Großteil der Länder teilweise massiv verschlechtert. Dies gilt selbst für Mitgliedsländer der Europäischen Union, wie zum Beispiel Frankreich, Italien, Rumänien, Griechenland und Bulgarien.

### **Pressefreiheit ist Grundrecht des Menschen**

Die Experten der IGFM sehen in der aktuellen Entwicklung einen „massiven Rückschlag für alle Menschenrechts- und Freiheitsaktivisten der Welt“. Denn nur „durch eine tatsächliche Presse- und Meinungsfreiheit kann den Menschen das Grundrecht der politischen Teilhabe und Mitbestimmung gewährt werden“, so Vorstandssprecher Lessenthin.

Die IGFM fordert von allen Regierungen dieser Welt, das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger zu achten, zu schützen und zu gewährleisten – denn nur so erhält

auch die Regierung ihre Legitimität. Sollte Bürgern dieses Grundrecht verweigert werden, „hat die Regierung auf ganzer Linie versagt“, so IGFM-Menschenrechtsaktivist Amir Rashidi.

### **Medienpreis „Menschenrechte 2011 – Keine Toleranz den neuen Zensoren“ als Ansporn**

Um den weltweiten Zensurmaßnahmen etwas entgegenzusetzen, schreibt die IGFM auch in diesem Jahr wieder ihren Medienpreis aus. Er steht unter dem Titel „Keine Toleranz den neuen Zensoren“ um damit auf die aktuelle Entwicklung der Zensur und Unterdrückung der Journalisten und Onlineredakteure aufmerksam zu machen. Aufgrund der bedrückenden aktuellen Entwicklungen ist dies dringend notwendig und muss noch weiter intensiviert werden.

Die IGFM will die neue Zensur stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken. Hierfür benötigt es den Einsatz von uns allen. Nur durch massiven Druck der Weltöffentlichkeit kann den neuen Zensoren schrittweise Einhalt geboten werden.

*Daniel Holler*

Schirin Ebadi:

# „Erheben Sie Ihre Stimme zu jeder Zeit und an jedem Ort!“

**Dr. Shirin Ebadi ist die Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2003 und gilt als die bekannteste Menschenrechtlerin des Iran. Shirin Ebadi war außerdem die erste Richterin des Iran.**

Nach der Revolution wurde sie 1979 gezwungen, von diesem Amt zurückzutreten und als Sekretärin in dem Teheraner Gericht zu arbeiten, das sie zuvor geleitet hatte, weil Frauen in der Islamischen Republik Iran nicht als Richterinnen arbeiten dürfen. Danach war sie als Anwältin tätig und gehört zu den Mitbegründern des – inzwischen geschlossenen – Zentrums für Menschenrechtsverteidiger im Iran. Es war die einzige Menschenrechtsorganisation innerhalb der Islamischen Republik. Frau Dr. Ebadi war vom 17. bis zum 20. März 2011 Gast der IGFM in Bonn. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus ihrer Rede am 19. März 2011 auf der 39. Jahreshauptversammlung der IGFM in Bonn.

## **Ohne die Meinungsfreiheit keine Demokratie**

„(...) Liebe Freunde, die Meinungsfreiheit gehört zu den Grundprinzipien der Menschenrechte und verkörpert die erste Stufe auf dem Weg zur Demokratie. Ohne die Meinungsfreiheit hat die Demokratie keine Bedeutung. Es ist wohl bekannt, dass die Befürworter der iranischen Regierung darin frei sind, das Regime zu unterstützen. Doch es sind die Oppositionellen, die darin frei sein müssen, ihre – wie auch immer geartete – Meinung zu äußern.

Den wahren Menschenrechten zufolge, richtet sich die Meinungsfreiheit an die Minderheiten eines Landes. Die Mehrheit, die die politische Macht genießt, beansprucht ohnehin schon die Freiheit



**Dr. Shirin Ebadi während ihrer Rede über Meinungsfreiheit und Zensur im Iran bei der IGFM-Jahrestagung am 19. März 2011 in Bonn.**

für sich. Aus diesem Grund müssen die Anhänger unterschiedlicher Religionen unter einer laizistischen Regierung, die Laizisten unter einer religiösen Regierung und die Befürworter der freien Marktwirtschaft in einem sozialistischen Herrschaftssystem als Minderheiten die volle Meinungsfreiheit genießen und ihre Ansichten verbreiten können, ohne dafür bestraft und diskriminiert zu werden.

Ebenso muss die Meinungsfreiheit von Religions- und Glaubensfreiheit begleitet werden, um der Demokratie den entsprechenden Sinn zu verleihen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass selbst in den undemokratischsten Ländern die Menschen innerlich frei denken, ihre Religion selbst auswählen und in ihrer Einsamkeit ihren Gott anbeten. Aber wichtig ist, dass die Menschen in der Lage sein müssen ihre Meinung frei zu äußern, zu verbreiten und sich zu ihrer

Identität innerhalb der Gesellschaft zu bekennen. Dieses Problem betrifft insbesondere die islamischen Herrschaftssysteme, wie beispielsweise den Iran, Saudi Arabien oder Pakistan. In diesen Ländern ist die Religions- und Glaubensfreiheit nicht gewährleistet. Möchte jemand zu einer anderen Religion, als die vom Staat vertretene, konvertieren, kommen diverse Strafen auf ihn zu; es sei denn, er verbirgt seinen Glauben und somit auch seine wahre Identität.

Doch der entscheidende Punkt ist: Wo setzen wir die Grenze der Meinungsfreiheit?

Dazu müssen wir auf die Kriterien der Menschenrechte hinweisen. Ich betone dies, da sie den internationalen moralischen Rahmen vorgeben und höher stehen als jedes nationale Gesetz. Artikel 20 des internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte verbietet

jegliche Propaganda für Krieg und jede Art von Ermütigung für religiösen, rassistischen oder ethnischen Hass, der Diskriminierung, Konflikte oder Gewalttaten hervorruft. Für die Festlegung der Grenze der Meinungsfreiheit muss die gesellschaftliche Situation in Betracht gezogen werden. In einer Gesellschaft, in der die Bürger den christlichen Glauben vertreten, wie beispielsweise Frankreich oder Deutschland, würde eine Karikatur gegen Jesus keinen Hass der Menschen hervorrufen und ist nicht untersagt. Bezogen auf Gesellschaften, in denen die Bürger den islamischen Glauben vertreten, sollte es ebenfalls gestattet sein, Karikaturen über den islamischen Propheten als eine Form der Meinungsäußerung zu zeichnen. Doch in Ländern, die mehrheitlich aus Muslimen bestehen und Christen eine Minderheit darstellen, wie im Iran, darf es nicht erlaubt sein, Karikaturen gegen den christlichen Propheten zu veröffentlichen und ihn zu verspotten.

Dies kann zu religiösem Hass führen. Ebenso sollte dies für Länder gelten, in denen Muslime eine Minderheit darstellen und sie durch Karikaturen über den islamischen Propheten verspottet, moralisch unter Druck gesetzt und gefühlsmäßig verletzt werden. Man sollte die Meinungsfreiheit für den Fortschritt nutzen und nicht um eine Bevölkerungsgruppe zu diskriminieren und Hass zu schüren.

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Punkte über mein Land zur Diskussion stellen. Im Iran ist die Meinungsfreiheit sehr beschränkt. Die Veröffentlichung jeder Art von Büchern erfordert die Genehmigung der Behörden. Solange solch eine Genehmigung nicht erteilt wurde, ist es keinem Verlag gestattet, das Buch zu drucken. Das größte Problem ist, dass die Zensur von Büchern nicht nach festgelegten Kriterien vorgenommen wird, sondern sie unterliegt der Willkür der Beamten. Selbst Übersetzungen von literarischen Werken werden zensiert. Für mehrere weltbekannte literarische Werke wurde die Genehmigung von den Behörden nicht erteilt und ihre Veröffentlichung



**Pressekonferenz der IGFM am 18. März 2011 in Bonn. Von links: Der Frauenrechtler Amir Rashidi, die Kennerin der iranischen Bloggersphäre Parisa Najafi Tonekaboni, IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin, Dr. Shirin Ebadi und Davoud Khodabakhsh, Redakteur der Deutschen Welle.**

untersagt. Und sogar Übersetzer werden unter Druck gesetzt, ganze Textpassagen zu entfernen. In den schlimmsten Fällen erteilen die Behörden zwar die Genehmigung, doch anschließend wurde der Übersetzer oder Autor gerichtlich verfolgt. Als Beispiel mag das Buch „Die Gäste von Hajagha“ dienen. Es erhielt die Genehmigung zur Veröffentlichung, der Autor wurde dennoch daraufhin verhaftet.

Doch die Zensur umfasst im Iran noch größere Ausmaße. Nach dem Pressegesetz ist eine Kritik an der Verfassung verboten und wenn eine Zeitung dieses Verbot missachtet, kommt es zum Verbot der Veröffentlichung dieser Zeitung. Eine ganze Reihe von Websites, darunter sämtliche Websites zu Frauenrechten, werden gefiltert. Das iranische Radio und Fernsehen sind staatlich und demzufolge in ihrer Nachrichtenberichterstattung stark zensiert. Außerhalb des Irans gibt es für Iraner drei bedeutende Nachrichtenkanäle: BBC, Euronews und Voice of America.

Die iranische Regierung schickt ständig Störsignale auf deren Frequenzen, damit sie nicht mehr empfangen werden können. Doch diese starken Störsender führen nicht nur dazu, dass die Bürger von

wichtigen Informationsquellen abgeschnitten sind, sondern sie gefährden darüber hinaus die Gesundheit.

Den Statistiken von „Reporter ohne Grenzen“ zufolge, liegt der Iran bezüglich der Meinungsfreiheit von 174 Ländern auf Platz 170. Ebenso hatte der Iran im Jahre 2009 die größte Zahl an Journalisten und Webloggern in seinen Gefängnissen. Der Iran selbst hat sich zu einem Gefängnis für Journalisten und Weblogger verwandelt! Ich nenne einige Namen von Journalisten, die nur aufgrund freier Meinungsäußerung in den Gefängnissen sitzen, und möchte meine Achtung vor ihnen zum Ausdruck bringen: Keiwan Samimi, Isa Saharkhiz und Ahmad Amoui. Sie befinden sich im Moment im Evin-Gefängnis. Und natürlich zahlreiche andere. Sie leben unter sehr schlechten Haftbedingungen und haben noch weniger Rechte als die nicht-politischen Gefangenen.

Der Raum für die Freiheit, insbesondere der Meinungsfreiheit, wird im Iran immer kleiner. Im letzten Jahr wurde der bekannte iranische Regisseur und Filmmacher Jafar Panahi festgenommen. Er wurde vom Gericht beschuldigt, vorgehabt zu haben, einen regierungskritischen Film zu drehen. Das heißt, er wur-

de verhaftet und zu sechs Jahren Haft verurteilt, bevor der Film auch nur gedreht wurde.

Selbst die wissenschaftliche Recherche wird eingeschränkt. Dazu möchte ich Ihnen etwas erläutern: Im Juni 2009 hatten wir die Präsidentschaftswahlen. Die offiziellen Ergebnisse der Wahl haben Proteste hervorgerufen. Millionen von Menschen gingen auf die Straßen und haben protestiert. Einige der Menschen wurden getötet und zahlreiche festgenommen. Die Regierung bezeichnete den politischen Protest der Menschen als „politische List“. Khamenei, der religiöse Führer der Islamischen Republik, kündigte an, dass all diese „List und Unruhe“ den Geisteswissenschaften zuzuschreiben wären. Er stellte in Frage, warum so viele Studenten Geisteswissenschaften studieren. Infolge seiner Rede hat das Ministerium für Wissenschaft erklärt, dass die Geisteswissenschaften islamisiert werden sollten.

Die Regelungen für zwölf geisteswissenschaftliche Fachrichtungen sollen revidiert werden. Diese Fächer sind unter anderem Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften, Soziologie, Genderforschung, Geschichte und Politikwissenschaft. Und bitte vergessen Sie nicht, dass die Revolution vor 32 Jahren stattfand und wir seitdem unter islamischer Herrschaft leben. In diesen 32 Jahren haben sie diese geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen mehrmals revidiert. Doch anscheinend genügte das noch nicht. Noch einmal wollen sie die Fächer intensiver islamisieren, damit die Menschen bei der nächsten Wahl auf keinen Fall auf die Straße gehen und protestieren.

Des Weiteren hat man den Universitäten die Anweisung gegeben, keine neuen Studierenden in diesen Fächern anzunehmen, und Master-Abschlüsse sowie Promotionen wurden nicht mehr verliehen. Aber dies war ihnen noch nicht genug. Im letzten Monat verabschiedete das Ministerium für Wissenschaft einen Beschluss. In diesem wird iranischen Studierenden außerhalb des Irans verboten, ihre Abschlussarbeit über den Iran

zu verfassen. Dieser Beschluss betrifft natürlich nur die Geisteswissenschaften, denn sie sind es, die niemand studieren und in denen niemand forschen darf. Warum? Weil durch die Recherche und Forschung auf diesem Gebiet der Charakter des Regimes durchschaut werden würde.

Darüber hinaus spielt im Iran eine weitere Freiheit eine große Rolle, nämlich die Glaubens- und Religionsfreiheit. Nach dem iranischen Gesetz ist die offizielle Religion der schiitische Islam.

Jedoch sind für einige andere Religionen und Konfessionen, wie das Christentum oder das Judentum, bestimmte Rechte gesetzlich gewährleistet. Menschen, die nicht den im Gesetz genannten Religionen angehören, sondern einer anderen, besitzen im Iran keine Rechte! Dazu gehören auch die Menschen, die sich dazu bekennen, keiner Religion anzugehören.

Zurzeit leben im Iran ca. 300.000 Bahai's. Die Religion der Bahai ist eine iranische Religion, die seit ca. 200 Jahren besteht. Seit der Iranischen Revolution von 1979 ist es ihnen nicht gestattet, an den iranischen Universitäten zu studieren, und sie haben keine Arbeitser-



**Die iranische Anwältin Dr. Shirin Ebadi erhielt im Jahr 2003 den Friedensnobelpreis. Ihr Menschenrechtszentrum wurde dennoch verboten, ihre Kanzlei verwüstet.**

laubnis. Zusammenfassend gesagt: Den Bahai's sind alle bürgerlichen Rechte genommen.

Doch es gibt noch andere Diskriminierungen gegenüber anderen Religionsangehörigen. Ich möchte Ihnen einige Fälle nennen, die gesetzlich verankert sind. Wenn beispielsweise der christliche Vater einer Familie stirbt, bekommt die einzig muslimische Person der ganzen Familie das gesamte Erbe. Sein Vermögen wird nicht unter seinen Kindern aufgeteilt, wie es selbstverständlich sein sollte, sondern der früher zum Islam konvertierte Neffe bekommt das gesamte Vermögen. Weitere Beispiele:

Bei der Bestrafung einer bestimmten Tat wird bei der Urteilsfindung zwischen einem muslimischen oder nicht-muslimischen Täter unterschieden. Wenn ein unverheirateter Mann oder eine unverheiratete Frau eine uneheliche Beziehung eingehen, dann werden beide mit je 100 Peitschenhieben bestraft. Aber wenn es sich um eine uneheliche Beziehung zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht-muslimischen Mann handelt, wird die Frau zu Peitschenhieben verurteilt, der nicht-muslimische Mann jedoch hingerichtet. Das bedeutet, dass sich die Urteilsfindung nach der Religion der Betroffenen richtet. Leider gibt es zahlreiche solcher Regelungen im iranischen Gesetz.

Diskriminierung gibt es selbst unter Muslimen. Zum Beispiel haben die Behörden in einer Metropole wie Teheran mit über zwölf Millionen Einwohnern nicht ein einziges Mal die Erlaubnis für den Bau einer sunnitischen Moschee erteilt. Diese Ungleichbehandlung findet sogar unter Schiiten statt. Ein schiitischer Muslim, dessen Meinung nicht mit der des Staates übereinstimmt, wird stark unterdrückt. Außerdem gibt es verschiedene Sufi-Richtungen im Iran. Mit besonderer Gewalt geht die Regierung gegen die Derwische aus Gonabad vor. Diese mischen sich prinzipiell nicht in die Politik ein. Vor einigen Jahren, als sie sich in ihrem religiösen Zentrum in Qom trafen, um ihre Rituale zu verrichten, kamen Behördenvertreter

und befahlen ihnen, nicht ihr eigenes Zentrum, sondern eine Moschee zu besuchen. Daraufhin stürmten Sicherheitskräfte der Regierung die Gebetsstätten, zerstörten diese und misshandelten viele Menschen. Seitdem setzt die Regierung die Gonabadi's systematisch landesweit unter Druck.

In letzter Zeit wurden drei Anwälte, deren Klienten Gonabadi's waren, in Shiraz festgenommen. Leider ist es im Iran tatsächlich so, dass die Rechtsanwältinnen nicht die Freiheit haben, all ihre Klienten verteidigen zu können. Im Moment befindet sich eine Reihe von Rechtsanwältinnen in den Gefängnissen des Iran, darunter meine liebe Kollegin Nasrin Sotoudeh, die zu 11 Jahren Haft und 20 Jahren Berufsverbot verurteilt wurde. Ein anderer Kollege von mir, Mahmud Oliyaifard, der sich hauptsächlich gegen die Verurteilungen von Minderjährigen einsetzt, ist zu über einem Jahr verurteilt worden. Während seiner Haft stellte man fest, dass er an Krebs leidet, doch man erlaubte ihm nicht, das Gefängnis zur Behandlung zu verlassen.

Trotz dieser Freiheitseinschränkungen ist die iranische Bevölkerung gegen Wirtschaftssanktionen, militärische Einsätze gegen den Iran oder ähnliche Maßnahmen. Denn diese würden in der Situation, in der sich der Iran zurzeit befindet, zu einer weiteren Verschlechterung der Lage für die Bevölkerung führen.

Wir sind gegen Atomkraft! Sie ist schädlich für unsere Umwelt! Das was in Japan zurzeit geschieht hat, uns deutlich die Risiken und Folgen vor Augen geführt! Bisher hat die iranische Regierung eine enorme Menge Geld für Reaktortechnik ausgegeben. Ebenso müssen wir die Urananreicherung beenden, um zu verhindern, dass uns noch mehr Wirtschaftssanktionen treffen. Aber es ist unmöglich, über dieses Thema im Iran zu sprechen. Die Regierung verbietet der Presse jegliche Publikation über dieses Thema.

Aber Sie, meine Damen und Herren, Sie genießen in diesem Land Meinungsfreiheit. Von dieser sollten Sie auch

Gebrauch machen. Erheben Sie Ihre Stimme zu jeder Zeit und an jedem Ort gegen jede Art von Atomenergie.

Die iranische Bevölkerung versucht mit absolut friedlichen Mitteln ihren Protest fortzuführen. Parallel dazu intensivieren sich die Gewalttaten der Regierung Anhänger. Zurzeit befinden sich über 100 Studierende in den Gefängnissen. Doch

diese Gewalt wird die Menschen nicht dazu verleiten, Gegengewalt anzuwenden. Die Menschen wollen weiterhin friedlich vorgehen. Und wir sind überzeugt davon, dass das reine, für die Freiheit vergossene Blut unserer Jugend in naher Zukunft zum Sieg führen wird! Bald ist unser Ziel erreicht!

## Nachgefragt ...

*Frau Dr. Ebadi, könnten Sie uns noch etwas über Ihre Menschenrechtsstiftung und dessen Verbot berichten?*

**Dr. Schirin Ebadi: Im Jahre 2002 habe ich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen im Iran eine Organisation zur Menschenrechtsverteidigung gegründet. Wir hatten genau drei Aufgaben: Die kostenfreie Verteidigung von politischen oder aus Glaubensgründen Gefangenen, die finanzielle Unterstützung ihrer Angehörigen – falls sie auf diese angewiesen waren – und die regelmäßige Berichterstattung über die Menschenrechtssituation im Iran an internationale Institutionen.**

**Nachdem mir der Nobelpreis im Jahr 2003 verliehen wurde, baute ich mit einem Teil des Geldes ein Büro für diese Organisation auf und spendete einen weiteren Teil an die Angehörigen der politischen Gefangenen. In dieser Organisation arbeiteten sehr qualifizierte Rechtsanwältinnen mit mir. Unter ihnen Frau Nasrin Sotoudeh, die ich bereits erwähnt habe und die zu elf Jahren Haft verurteilt wurde und sich bis heute im Gefängnis befindet.**

**Doch die Regierung duldet unsere Arbeit nicht. Im Dezember 2008 stürmten einige Basijis in das Büro, zerstörten und schlossen es. Einen Monat später griffen sie mein privates Anwaltsbüro an, zerstörten und schlossen dieses ebenfalls, sie hängten sogar das Schild ab. Ich rief die Polizei, daraufhin kamen zwei Polizeibeamte. Sie standen jedoch nur daneben und schauten zu, wie mein Büro verwüstet wurde. Ich reichte eine Klage ein, aber kein Richter wagte es, ein Verfahren einzuleiten. Leider befinden sich nun alle Anwälte, mit denen ich dort zusammenarbeitete, entweder im Gefängnis oder sie wurden auf Kautionsfreigabe freigelassen und warten auf ihr Urteil.**

**Ich verließ das Land am 11. Juni 2009, also einen Tag vor der Präsidentschaftswahl, und reiste für ein Seminar nach Spanien. Als ich nach vier Tagen zurückkehren wollte, war der Iran ein ganz anderes Land und man konfrontierte mich im Ausland mit den Unruhen, die im Iran stattfanden. Einige Menschen wurden getötet, einige meiner Mitarbeiter wurden festgenommen und einige andere waren untergetaucht. Letztere baten mich, statt zurückzukehren, den Vereinten Nationen zu berichten, was im Iran geschieht. Seitdem befinde ich mich auf zahlreichen Reisen, um internationalen Gremien von der Menschenrechtssituation im Iran zu berichten.**

# Pflanzung von Olivenbäumen in Israel

**Die IGFM-Sektion Schweiz hatte ihren Menschenrechtspreis 2010 an die palästinensisch-jüdische Organisation „Parents Circle – Families Forum“ verliehen. Die Zeitschrift Menschenrechte berichtete darüber bereits in der Ausgabe 3/4 2010.**

Auf Vorschlag der IGFM Schweiz wurde diese palästinensisch-jüdische Nichtregierungsorganisation, die sich mit großer Hingabe für die Versöhnung der beiden Völker einsetzt, mit dem „Gwangju Special Prize Award 2011“ ausgezeichnet. Verliehen wird die Auszeichnung von der südkoreanischen „18. Mai Gedächtnis Stiftung“ für Demokratie. Benannt ist sie nach einem Massaker im Mai 1980 an Bürgern der südkoreanischen Stadt Gwangju, die gegen die damalige Militärregierung und für Demokratie demonstriert hatten.

## Preisverleihung in Tel Aviv

Zum zweiten Teil der Preisverleihung war die Geschäftsführerin der IGFM-Schweiz, Monique Schlegel, nach Tel Aviv eingeladen, da die IGFM-Schweiz den „Parents Circle – Families Forum“ für die Auszeichnung vorgeschlagen hatte. Zur Zeremonie gehörte die Pflanzung von zwei Olivenbäumen:

„Am 1. März 2011 flog ich mit Swiss/El Al nach Tel Aviv. Es war meine erste Reise in dieses Land und entsprechend gespannt war ich, was mich dort erwarten würde. Am Flughafen holten mich meine Cousine Heidi und ihr Ehemann Sunny ab. Ich durfte während meines Aufenthaltes bei ihnen in Ashdod bei Tel Aviv wohnen.



**Geschäftsführerin der IGFM-Schweiz und Vizepräsidentin des Internationalen Rates der IGFM, Monique Schlegel (links), mit palästinensischen Vertretern des „Parents Circle“.**



**Eines der beiden Oliven-Bäumchen wurde direkt beim Eingang des Hotels „Everest“ gepflanzt. Täglich werden viele Menschen daran vorbeigehen und die Tafel am Eingang lesen.**



Am 2. März war der Tag der Baumpflanzung. Wir sind Richtung Jerusalem gefahren und dort – am Har Herzl (Mount Herzl) – erwartete uns ein Fahrer, der mit uns Richtung Bethlehem fuhr.

Es ist eine wilde, ziemlich hügelige Gegend, und entsprechend „wild“ sind auch die Straßen! In Bat Jalla erwarteten uns bereits viele Mitglieder des ‚Parents Circle – Families Forum‘. Das Büro ist sehr schön gelegen, beim Hotel Everest, mit einer wunderbaren Sicht Richtung Westbank. Khaled hat hier eine sehr gute Möglichkeit für seine Sitzungen, können doch die Mitglieder von allen Seiten ohne viele Stopps durch die Kontrollen der Israelis zum Büro gelangen.

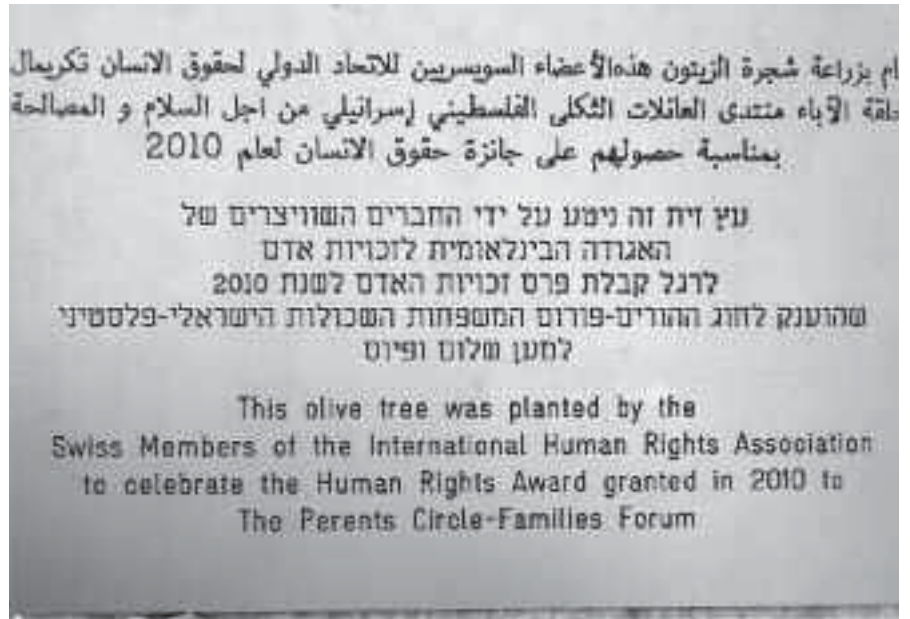
### Trauer gemeinsam verarbeitet

Um 11.00 Uhr begrüßte Aaron Barnea die Gäste. Ich habe dann in meiner Ansprache betont, dass die Trauer der Angehörigen durch Freundschaften zwischen palästinensischen und jüdischen Familien gemeinsam verarbeitet werden könne. Diese Tatsache hat mich tief berührt und nachdenklich gemacht. Verschiedene Mütter waren da, ganz in Schwarz, die einen oder mehrere Söhne verloren hatten. Sie gingen so herzlich miteinander um... da kann man vieles lernen!

### Zeichen der Hoffnung: Olivenbäume

Die beiden Olivenbäume (einer wurde dann noch beim Büro von Aaron gepflanzt) wurden von einem Ingenieur gespendet, der so begeistert war von der Idee des Preises, dass er nicht wollte, dass ich ihm die Bäume bezahle!

Das Bäumchen wurde direkt beim Eingang des Hotels Everest gepflanzt. Täglich werden viele Menschen daran vorbeigehen und die Tafel am Eingang lesen. Diese Tafel wurde vom „Parents Circle“ organisiert und in drei Sprachen wird an den



Die Tafel wurde vom „Parents Circle“ organisiert: In drei Sprachen wird an den Menschenrechtspreis der IGFM-Schweiz erinnert.

Menschenrechtspreis der IGFM-CH erinnert.

welche sich unbedingt mit mir fotografieren lassen wollten!

Im Anschluss an die Pflanzung waren alle Anwesenden noch zu einem Mittagessen im Hotel Everest eingeladen. Ich wurde reich beschenkt mit Handarbeiten der Palästinenserinnen,

Möge unser Olivenbaum gedeihen und als Symbol für den Frieden stehen!“

M.S./M.K.



Alle Ansprachen wurden sofort auf Arabisch übersetzt. Eine wichtige Grundlage für das gemeinsame Arbeiten für den Frieden!

# Protest gegen Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs

**Mit einer Kundgebung auf dem Frankfurter Römerplatz haben am Samstag, dem 14. Mai 2011, Kroaten aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet gegen das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs für Ex-Jugoslawien demonstriert.**

Im Zentrum der Kritik der in Deutschland lebenden Kroaten stand die Einschätzung der Richter des Haager Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien, die Rückeroberung der von Serben besetzten Krajina durch die kroatische Armee als „Verbrechen“. Die rund 300 Protestierenden zeigten dafür dem Tribunal symbolisch die Rote Karte.

Der Vorsitzende des kroatischen Weltkongresses in Deutschland, Mijo Maric, erklärte: „Hier findet eine Gleichsetzung von Opfern und Aggressoren statt“. Die „Befreiungsaktion ‚Oluja‘“ im Jahr 1995, zwei Wochen nach dem Massenmord in Srebrenica, habe einen weiteren Genozid durch serbische Truppen in der Region Bihać verhindert.

**„Die Berichte sind auch heute noch geeignet, das Blut kochen zu lassen“**

In seinem Grußwort erinnerte der Geschäftsführende Vorsitzende der IGFM, Karl Hafen, an die Verbrechen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, die Arbeit der IGFM dazu und die Notwendigkeit des Kriegsverbrechertribunals:

(...) Vor 20 Jahren begann mit dem Angriff auf kroatische Städte und Gemeinden einer der grausamsten Kriege der vergangenen 50 Jahre. Niemand hat mehr geglaubt, dass solche bestialischen Grausamkeiten mitten in



**Kroaten aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet zeigen dem Internationalen Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien die Rote Karte. Hintergrund ist die Einschätzung der Richter, die Rückeroberung der von Serben besetzten Krajina durch die kroatische Armee sei ein „Verbrechen“ gewesen.**

Europa möglich wären. Für Außenstehende gibt es zwei Orte, die einem heute noch den Schauer über den Rücken treiben: Omarska und Srebrenica. Jeder, der damals die Berichte lesen musste, kennt aber Hunderte solcher Orte. Wer Massengräber gesehen hat, versteht, dass der Weg zur Versöhnung noch sehr weit ist.

**„... kein Abkommen, das nicht gebrochen wurde“**

Viele Jahre hatten sie Tür an Tür miteinander gelebt, Kroaten, Serben, bosnische Muslime und plötzlich erlebte man, wie der Nachbar zum Feind wurde. Hatte man aufgrund des langen Zusammenlebens eine gewisse Rücksicht erwartet, dass auch im Krieg die Menschenrechte eingehalten würden, sah man sich enttäuscht. Das Ver-

bot von Plünderungen, Zerstörung von Wohnungen und Transportmitteln, die ausschließlich der Zivilbevölkerung dienten, von Kulturdenkmälern, vorsätzliche Tötung, Folter, Verstümmelung und Massaker schien von einem Tag auf den anderen nicht mehr zu gelten. Es gab kein Abkommen, das nicht gebrochen wurde, und kein so grausames Verbrechen, das nicht begangen wurde. Ich erinnere mich sehr genau an die Besuche verzweifelter Kroaten, die Hilfe und Öffentlichkeitsarbeit verlangten und gekommen waren, mit jemandem zu reden, der ihnen zuhörte, damit sie mit dem Schmerz nicht allein gelassen blieben.

Die Berichte sind auch heute noch geeignet, das Blut kochen zu lassen oder ungläubig den Kopf zu schütteln. Ich habe lange überlegt, ob man in den

alten Wunden rühren soll, aber viele Menschen haben es damals einfach nicht geglaubt und sie haben sich weggedreht. Heute meinen sie, dass es alles so schlimm nicht war und dass man Ruhe geben muss. Ich sage: „Nein, man darf keine Ruhe geben!“ Ich erinnere mich noch an die größte Gemeinschaft, wie man die Opfer ins Unrecht setzen kann, als eine marxistische Gruppe in England nach der Öffnung des Lagers Omarska ein Foto zeigte mit dem Untertitel „Vor dem Zaun ist hinter dem Zaun“. Diese Gruppe wollte sagen: Glaubt den Opfern nicht, sie stehen vor dem Zaun und waren nie hinter dem Zaun. Und viele (...) haben diese publizistische Lüge zur Wahrheit erklärt und sich damit über das Leid der Opfer lustig gemacht.

Wir haben damals viele Berichte dokumentiert, und ich rate den Jüngeren, sie zu lesen, um verstehen zu lernen, dass kein Krieg es wert ist, geführt zu werden. Jeder Krieg bringt Leid und nochmals Leid.

Viele Berichte mit ganz schrecklichen Details haben wir dokumentiert. Oft waren wir in Kroatien vor Ort und

**Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM, mit Jadranka Cigelj, Leiterin der IGFM Sektion Kroatien. Jadranka Cigelj ist bosnische Kroatin und Rechtsanwältin. 1992 wurde sie als eine von 37 Frauen für fast zwei Monate in dem berüchtigten Lager Omarska von bosnischen Serben eingekerkert. Im Den Haager Kriegsverbrechertribunal sagte sie gegen ihren Peiniger Slobodan Milosevic aus.**



haben versucht, den Betroffenen mit humanitärer Hilfe zu helfen.

#### „35.000 Fragebögen“

Wir haben an die Bundesregierung, an das Europäische Parlament, an die UNO appelliert, Kroatien anzuerkennen, da unter solchen Umständen in der Zukunft ein Zusammenleben nicht mehr möglich wäre. Vor allem haben wir uns dafür eingesetzt, dass ein Kriegsverbrechertribunal eingesetzt werden solle.

Wir haben 35.000 Fragebögen in diversen Lagern in Kroatien, Bosnien, Schweiz, Österreich, Deutschland und Niederlande für Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien verteilt, um Opfer zu finden, die Täter erkannt haben. 17.000 davon wurden nach Den Haag gebracht, wir haben uns in Kroatien für die vergewaltigten Frauen und Männer eingesetzt. (...) Krieg ist auf beiden Seiten nie sauber, und Täter müssen – egal auf welcher Seite sie Verbrechen begangen haben – bestraft werden. Das ist eine Voraussetzung für Versöhnung. (...)“

## Menschenrechte waren Thema am 1. Mai in Kaiserslautern

**Die IGFM bei der 1. Mai 2011 Veranstaltung des DGB Rheinland-Pfalz in Kaiserslautern: Neben den Naturfreunden, Falun Gong und Amnesty International, präsentierte sich die IGFM auf der diesjährigen 1.-Mai-Kundgebung des DGB Rheinland-Pfalz in Kaiserslautern mit einem Promotionstand. Zahlreiche Besucher informierten sich umfassend über die Menschenrechtsarbeit der IGFM. Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck besuchte den IGFM-Stand – im Bild mit IGFM-Vorstandsmitglied Hubert Körper.**



BERGEN-ENKHEIM

## Brillen für Rumänien

**Karin Müller-Kinet (rechts) konnte als Sprecherin der IGFM-Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim am 2. März 2011 erneut eine große Sammlung abgegebener Brillen und eine Geldspende von Martina Kobel, der Inhaberin des Optikergeschäftes „Blickpunkt“ in Hochstadt, entgegennehmen. Die Brillen gehen an Bedürftige in Rumänien.**



## IGFM beim Evangelischen Kirchentag

**Beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag konnte die IGFM wie bei früheren Evangelischen Kirchentagen im Rahmen des „Marktes der Möglichkeiten“ einen Informationsstand vom 2. Juni bis 4. Juni 2011 durchführen.**

Der Stand war zusammen mit zahlreichen anderen Organisationen in einem Großzelt in Nähe des Elbeufers untergebracht. Schwerpunkt des Informationsangebotes war der Arbeitsbereich „Religionsfreiheit/Verfolgte Christen“. Erstmals konnten neu angefertigte IGFM-Banner zur Standgestaltung eingesetzt werden.

Ausgelegt waren u.a. Unterschriftenlisten für Christen in der Türkei und Vietnam, für inhaftierte Bahai's im Iran und gegen das pakistanische Blasphemiegesetz. Eine Weltkarte zur Christenverfolgung, „Gefangene des Monats“ wie die zum Tode verurteilte pakistanische Christin Asiya Bibi und ein Bild des im Juni 2010 in der Türkei ermordeten Bischofs Luigi Padovese waren ausgehängt. Literatur, kleine Weltkarten zur Christenverfolgung und Inforundbriefe



**IGFM beim Evangelischen Kirchentag in Dresden**

wurden angeboten. Die sechsköpfige Standmannschaft führte zahlreiche Gespräche mit Besuchern, sammelte

Unterschriften und Interessentenanfragen. Manche tiefere Gespräche könnten zu bleibenden Kontakten führen.

# Völkermord als Staatsgeheimnis

**Dieses Buch untersucht gründlich und nüchtern, wer über die Endlösung Bescheid wusste – wer hat gehandelt, wer hat weggeschaut?**

Im Vorwort bemerkt de Zayas, dass 66 Jahre nach Ende des Krieges noch Fragen ungestellt bleiben, oder sie werden willkürlich behandelt und interpretiert. Zayas forschte in deutschen, amerikanischen, britischen, schweizerischen Archiven, befragte Zeitzeugen, diskutierte seine Ergebnisse mit Historikern und Völkerrechtlern.

Sein Fazit: Der Nazi-Totalitarismus, der Terror, die Euphemismen, die Tarnsprache, die pathologische Geheimhaltung, Führerbefehl Nr. 1 – alle diese Faktoren führten dazu, dass der Soldat, der Beamte, der Durchschnittsdeutsche sehr wenig oder gar nicht über die „Endlösung“ bis Ende des Krieges wusste und viele darüber erst durch die Nürnberger Prozesse

erfahren. Offiziell waren die Juden in Arbeitslager im Osten verbracht. Die NS-Presse berichtete nicht darüber. Als die Gestapo von Gerüchten erfuhr, wurden sie dementiert. Feldpostbriefe und Auslandsender haben allenfalls einige erreicht, und dann nur mit fragmentarischen Informationen. Mosaiksteinchen. Pauschale Schuldzuweisungen sind unhistorisch und menschenrechtlich inakzeptabel.

Methodisch ist Zayas einwandfrei, wertet stets behutsam. Er führt den Leser durch die NS-Archivdokumente, Nürnberger- und Manstein-Prozessakten, Interviews mit den Anklägern und Verteidigern. Er ist der erste Wissenschaftler, der die Nürnberger Akten systematisch nach der Frage des Wissens studiert hat, ist vorsichtig mit den Akten, konfrontiert Zeugen mit ihren Aussagen, fragt und hinterfragt. Dies ist ein gelungenes wissenschaftliches Werk, umfassend in seiner Kontextualisierung,



*Prof. Dr. Dr. Alfred de Zayas: Völkermord als Staatsgeheimnis, Vom Wissen über die „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich. Verlag: Olzog, 208 Seiten, München 2011, ISBN: 978-3-7892-8329-1, Preisinfo: 26,90 Euro*

und verdient eine breite öffentliche Diskussion, ohne Tabus.

*Prof. Dr. J. van Aggelen, Brasilia*

## Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen

**Am 27. September 1953 erklärte Konrad Adenauer vor dem Plenum des Deutschen Bundestages: „Die Bundesregierung und mit ihr die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermesslichen Leides bewusst, das in der Zeit des Nationalsozialismus über die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und sich an ihnen nicht beteiligt...“**

Fünfzig Jahre später heißt es in einem amtlichen Text der Bundesregierung, abgedruckt auf einem von ihr vertriebenen Buch: „Der Autor... beweist stichhaltig, dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondern weit



*Konrad Löw „Deutsche Schuld 1933 - 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen“ Olzog Verlag, München 2011, 446 Seiten, 39,90 Euro*

aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen – durch Zustimmung, Denunziation oder

Mitarbeit... Die gewöhnlichen Leute sahen erst zustimmend hin, wie ihre Mitbürger verhaftet und verschleppt wurden, und schauten später weg, als sie um das eigene Überleben kämpfen mussten.“

Die beiden Texte widersprechen sich diametral. Welcher von beiden ist richtig? Die Frage geht uns alle an, die wir wissen wollen, ob unsere Eltern und Großeltern wirklich moralische Versager waren, Handlanger des Massenmörders Hitler.

Auf der Suche nach der Antwort hat Konrad Löw, seit Jahrzehnten Mitglied des Kuratoriums der IGFM, alle einschlägigen Quellen (allein 354 jüdische) ausgeschöpft und findet das Urteil bestätigt, das der namhafteste jüdische Chronist dieser furchtbaren Jahre mit den Worten wiedergegeben hat: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“

# Briefe an meinen Folterer

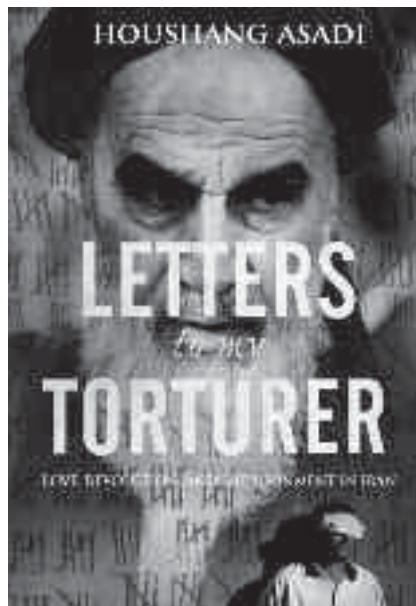
**Houshang Asadi, ein politischer Aktivist gegen das Schah-Regime, war schon Anfang der 1970er-Jahre das erste Mal im Gefängnis. Als ein Unterstützer der Islamischen Revolution und ein Zellengenosse von Ayatollah Khamenei betrachtete er seine Inhaftierung anfangs als einen Fehler, ein Missverständnis. Jedoch irrte er sich.**

Nach vielen Jahren in Haft, unter dem Schah genauso wie nach der Revolution unter Khomeini, sowie einer Verurteilung zum Tode, entstand das Buch „Letter to my torturer“ im französischen Exil. Das Buch blickt zurück auf Asadi's außergewöhnliche und äußerst leidvolle Erfahrungen in den berüchtigsten Gefängnissen des Iran.

Man verweigerte Asadi seine Daseinsberechtigung als Mensch, er wurde gezwungen, wie ein Hund zu bellen, seine eigenen Exkremente zu essen und unterzog ihn schlimmster physischer und psychischer Folterungen. Sein Folterer, „Brother Hamid“, war Herr über Leben und Tod.

Besonders deutlich werden die perfiden Ausmaße der angewandten Foltertechniken durch Einschübe an Nettigkeiten. Wenn er über seinen Folterer schreibt: „Little Lion“, „your voice has become gentle again“. Gerade der Einsatz von Freundlichkeiten und Härte scheint die Situation der Gefangenen unerträglich zu machen.

Das Buch, in welchem jedes Kapitel in Form eines Briefes verfasst ist, beschreibt in ergreifenden und drastischen Worten Asadis Gefühle heute während des Schreibens, sowie damals während er die niedergeschriebenen Worte aktiv erleben musste. Ob er die Zelle mit dem heutigen Ayatollah Ali Khamenei teilte, mit Mehdi Karroubi, mit verschiedenen Oppositionellen



**„Letters to My Torturer“ kann bei der IGFM bestellt werden.**

oder gar 682 Tage in Einzelhaft verbrachte – Asadi beschreibt die Szenen deutlich, ohne jedoch ins übermäßig Dramatische, Mitleidheischende zu geraten. Relativ nüchtern wird der Leidensweg beschrieben. Asadi, der als ehemaliges Mitglied der kommunistischen Tudeh Partei, gleichzeitig der Spionage für Russland und England beschuldigt wurde, bekommt zwei Herzinfälle, während er seine Erinnerungen in Worte fasst.

Der Irrsinn der unter Folter erpressten „Geständnisse“ wird deutlich beschrieben – wer kann nach der Lektüre eines solchen Buches noch wirklich an den Sinn solcher Behandlungen und der dadurch gewonnen „Erkenntnisse“ glauben?

Besonders gelungen scheint mir der Schreibstil: Briefe an seinen ehemaligen Folterer Bruder Hamid und an jedem Anfang ein kursiv gehaltener Einschub. So fällt dem Leser das Lesen leicht – und dies ist gerade bei einem solch schwierigen und emotionalen Thema wichtig. Der Leser muss die Möglichkeit haben, Pausen zu machen.

Nur so kann man ein zu tiefes Eintauchen in diese dunkle Seite des Iran vermeiden.

Für den Leser bleibt es auch über das Ende des Buchs hinaus unverständlich, wie ein Mann so viel schlimme Erfahrungen machen und doch auch psychisch überleben kann – und nicht daran zugrunde geht. Ich durfte Herrn Houshang Asadi während der Jahreshauptversammlung der IGFM erleben und auch interviewen. Herr Asadi ist ein äußerst sympathischer Mann, mit einem leuchtenden Lachen in den Augen und zu Späßen aufgelegt.

Aufgrund großer Aktualität – noch immer werden Politisch-Andersdenkende im Iran willkürlich inhaftiert – hat dieses Buch einen großen Informationswert.

Abschließend bleibt allein anzumerken: die Verwendung einer Vielzahl an Endnoten unterbricht den interessierten Leser im Lesefluss. Dies mag manchen Leser stören, jedoch empfinde ich dies als eine gute Möglichkeit, die Grausamkeiten des Gefängnisalltags von Herrn Asadi für einen kurzen Moment zu verlassen und einmal tief durchzuatmen, bevor man wieder in die Thematik eintaucht.

Allen Lesern und an der Thematik Interessierten ist dieses Buch wärmstens zu empfehlen. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Verleger bald eine deutsche Übersetzung auf den Markt bringen, um so auch den deutschen Lesern dieses Buch nicht weiter vorzuhalten.

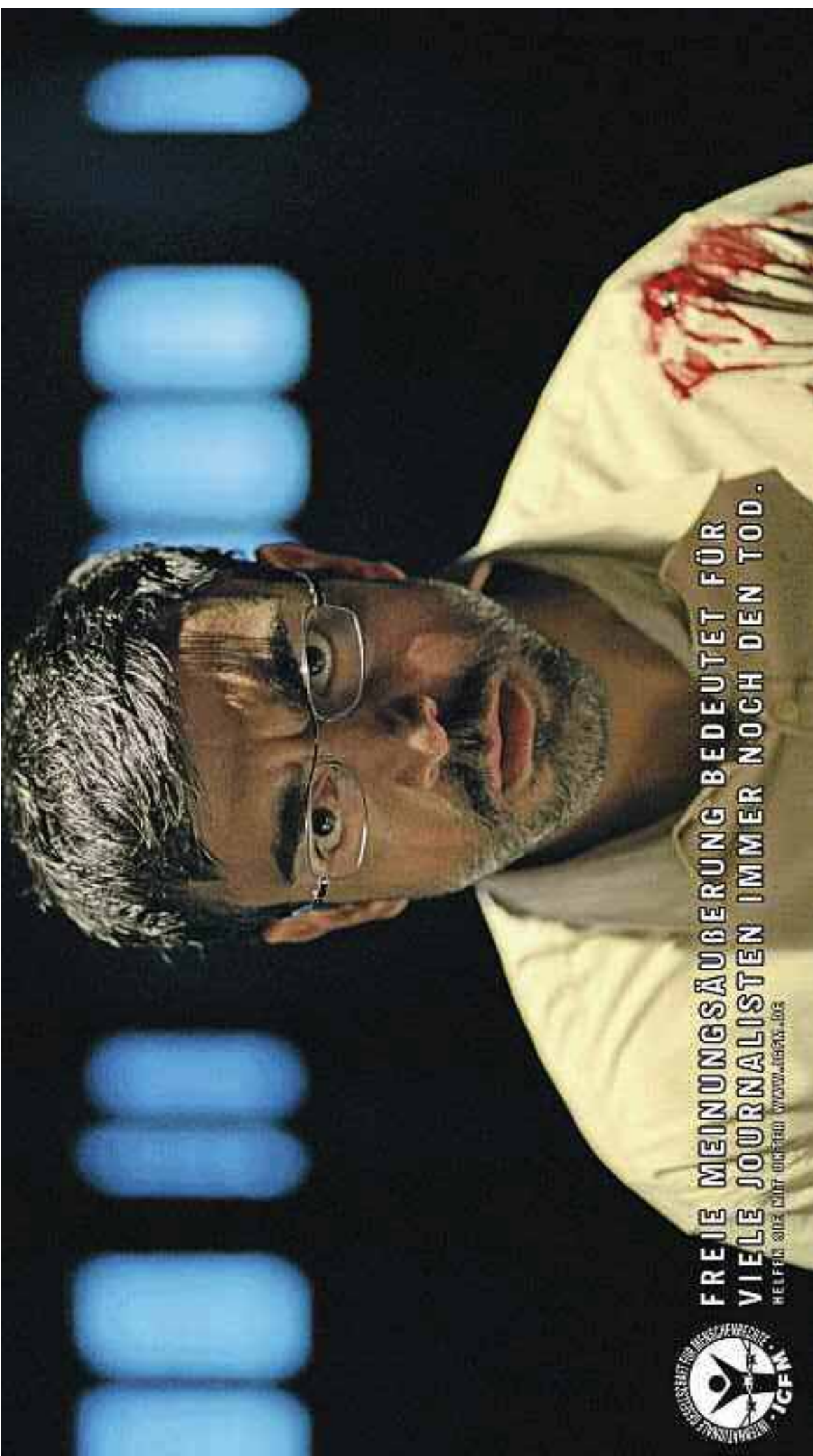
*Daniel Holler*

*Houshang Asadi: Letters to My Torturer, Love, Revolution, and Imprisonment in Iran. Oneworld Publications Ltd., Oxford 2010 ISBN: 978-1-85168-783-1 (Paperback), ISBN: 978-1-85168-750-3 (hardcover), 16,99 £*



[www.igfm.de](http://www.igfm.de)





**FREIE MEINUNGSÄUßERUNG BEDEUTET FÜR  
VIELE JOURNALISTEN IMMER NOCH DEN TOD.**

HELFFIG SITE CHIT OUTTED WWWW.IGCFV.ORG

